Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 61. Mittwoch, den 13. März 1918. 25. Jahrg.

Zur Lage in Finnland.

Ueber die Verhältnisse in Finnland werden Mitteilungen verbreitet, die auf eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung hinauslaufen. So wird in einem Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung" über die beiden in Finnland um die Herrschaft ringenden Regierungen behauptet, die weiße Regierung sei „von dem ganzen Landtag rechtmäßig eingesetzt." Von der Gegenregierung wird erzählt: „Als die Revolution durch die maximalistischen Machenschaften in Finnland angezettelt wurde, hat sich eine Nebenregierung von russischen Sozialisten eingefunden. Sie konnte sich auf keine andere Autorität stützen, als auf die Bajonette der Roten Garde und sie gerät, wie es scheint, ins Wanken." Diese Behauptung steht mit den wirklichen Tatsachen im schroffsten Widerspruch. In Wahrheit war schon seit Einführung der neuen Verfassung im Jahre 1905 die Partei, aus der diese angebliche „Nebenregierung von russischen Sozialisten" hervorgegangen ist, die stärkste im finnischen Landtag. Es ist die finnische Sozialdemokratie, die außer den städtischen Arbeitern die Masse der Häusler und Kleinbauern hinter sich hat. Daraus erklärt sich ihre Stellung und ihre Stärke. Diese Partei hat denn auch nach Ausbruch der russischen Revolution im März d. J. die Regierung in Finnland innegehabt und der sozialdemokratische Bauernführer Tokoi hat als finnischer Ministerpräsident zuerst die finnische Unabhängigkeit proklamiert. Das brachte ihn in Konflikt mit der damaligen Petersburger Regierung Kerenskis, die den finnischen Landtag gewaltsam auflöste und eine Neuwahl anordnete, die eine kleine Mehrheit der bürgerlichen Parteien in den Landtag brachte. Die Sozialdemokratie erkannte die Rechtmäßigkeit dieser durch russischen Eingriff erzwungenen Landtagsauflösung und Neuwahl nicht an und hielt in der Ueberzeugung, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor hinter ihr stände, an ihrem Recht auf die Regierung fest.

Die Behauptung, die rote Regierung sei von Rußland importiert und setze sich aus russischen Sozialisten zusammen, ist also eine frei erfundene Fabel. Wenn im Anschluß daran von der „Nordd. Allgem. Ztg." behauptet wird, diese Regierung „stütze sich nur auf die Bajonette der Roten Garde", so will das Blatt damit bei ununterrichteten Lesern wohl den Glauben erwecken, diese Roten Garden seien russische Bolschewisten. In Wahrheit sind es die finnischen Arbeiter und Bauern, die mit der russischen Roten Garde nur den Namen gemein haben. Daß es sich hier um die breite Masse des finnischen Volkes handelt, wird am besten dadurch bewiesen, daß die rote Partei in dem größten Teile des Landes sich bis jetzt entschieden als die stärkere erwiesen hat.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „8-Uhr-Abendblattes" versuchte ein Vertreter der weißen Regierung, der zurzeit in Berlin weilende Staatsrat Dr. Hjelt, in gleicher Weise dem deutschen Publikum eine falsche Meinung beizubringen, offenbar in der Absicht, ein einseitiges Eingreifen zugunsten seiner Partei zu rechtfertigen. Er behauptet, hinter der roten Regierung stünde nur „eine geringe Minorität" der finnischen Arbeiter, „einige tausend" Bösewichte, die im Lande ihr Räuberunwesen trieben. Wäre dem so, so müßte es doch der weißen Regierung ein Kinderspiel sein, mit dieser kleinen Minderheit fertig zu werden. Das Gegenteil ist richtig. Die weiße Regierung ist eine Minderheitsregierung, die, weil sie im Lande selbst die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, sich nicht durchzusetzen vermag und darum nach Hilfe von außen schreit.

Was den Versuch angeht, die Regierung der finnischen Arbeiter und Bauern als eine Mörderbande hinzustellen, die alle erdenklichen Scheußlichkeiten verübe, so sei darauf hingewiesen, daß es General Mannerheim, der Führer der Weißen Garde, war, der die Praxis der brutalen Exekution seiner gefangenen Gegner einführte. Neuerdings ist es der Vermittlung schwedischer Sozialisten unter Führung des Stockholmer Bürgermeisters Dr. Lindhagen, gelungen, Abmachungen zwischen den kämpfenden Parteien zustande zu bringen, wonach beide Teile eine anständige Behandlung der Gefangenen gewährleisten. Die rote Regierung, die genau denselben politischen Charakter hat wie die deutscherseits anerkannte Regierung der Ukraine, tritt ihrerseits gegen jede verbrecherische Ausschreitung aus ihren Reihen entschlossen auf. Sie hat eine Kommission eingesetzt, die nach dem Bericht Lindhagens aus Helsingfors mit der besonderen Aufgabe betraut ist, „alle Fälle von Gewalttätigkeiten, die von Anarchisten oder einzelnen Roten Gardisten, die auf eigene Faust vorgingen, begangen sind, zu untersuchen. Diese Kommission habe alle Täter der in den letzten Tagen an verschiedenen Orten begangenen Totschläge verfolgen lassen und ihre Verhaftung angeordnet."

Auch die Entfernung russischer Truppen aus Finnland nimmt ihren raschen Fortgang. Wird in dieser Weise gemäß dem Friedensschluß mit Rußland Finnland von russischen Truppen befreit, was nur eine Frage weniger Tage ist, so ist der Kampf in Finnland zu einer rein inneren Angelegenheit des finnischen Volkes geworden. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit wie der politischen Klugheit, das anzuerkennen und daraus die nötigen praktischen Konsequenzen zu ziehen. Jede einseitige Parteinahme, jedes gewaltsame Eingreifen von außen ist zu verurteilen. Wer dem finnischen Volke wohl will, wird versuchen, zwischen den streitenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen. Dieser Versuch ist von dem skandinavischen interparlamentarischen Komitee, dem Mitglieder aller Parteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens angehören, bereits eingeleitet worden. Auch von deutscher Seite sollte in diesem Sinne gewirkt werden. Das ist der einzige Weg, die gegenwärtigen und die künftigen Interessen des deutschen Volkes zu wahren und die Grundlage für dauernde gute Beziehungen zu der Masse des finnischen Volkes zu legen.

Eduard David.

*

Welcher schaflen Mittel man sich bedient, um die öffentliche Meinung in Deutschland gegen die „Roten" in Finnland aufzuhetzen, zeigt folgende Meldung des Stockholmer Korrespondenten des Wolffbureaus:

„Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ermordeten die roten Gardisten in letzter Zeit besonders in den schwedisch-finnischen Dörfern zahlreiche Mitglieder der männlichen Bevölkerung. Der Plan bei diesem Vorgehen ist, **die bürgerlichen Elemente für die Zukunft zu dezimieren, daß die Sozialdemokraten weiterhin die Mehrheit im Lande behalten.** Der Zuzug von Roten Gardisten aus Rußland war in der letzten Zeit in Südfinnland besonders groß. Die Gesamttruppenzahl der Revolutionäre soll sich auf 200 000 belaufen. Allein an der Front bei Abo stehen 50 000 Mann."

Diese Meldung ist so dumm und so gemein, daß es sich nicht verlohnt, näher auf dieselbe einzugehen.

Ueber die Kämpfe in Finnland berichtet das finnische Hauptquartier der Weißen:

An der Satakunta-Front nimmt die Kampftätigkeit ab. Unsere Truppen halten ihre Stellungen. Unsere Truppen säuberten Ikalis, Wattiainen, Ilaakiman und eroberten Korhoimen. Unsere Artillerie brachte die feindliche zum Schweigen. An der Tavastlands-Front setzten sich die Kämpfe bei Washiwe sowohl wie im Abschnitt Ruovesi fort. Unsere gegen Lusie vorgeschobenen Abteilungen wurden nach Sysman zurückgezogen. Im übrigen ist die Lage unverändert. In Karelen gegenseitiges Artilleriefeuer. Bei Ahwohla wurden am 9. März fünf feindliche Angriffe nacheinander zurückgeschlagen. Eine Kanone wurde erobert.

Um die Herzogskrone von Kurland.

Vor einigen Tagen ging bereits die Meldung durch die Presse, daß der kurländische Landrat dem deutschen Kaiser die Herzokrone angeboten habe. Wie nun bekannt wird, hat der Landesrat in Mitau am 8. März folgenden Beschluß gefaßt:

1. S. M. den Kaiser und König zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.
2. Dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, den Abschluß von Konventionen betreffend das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewichtswesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.
3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltenland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.

Wir können diesem Beschluß keinerlei entscheidende Bedeutung beimessen, weil er von einer Körperschaft kommt, die nicht als Vertretung des ganzen kurländischen Volkes angesehen werden kann. Und über solche Fragen muß doch das ganze Volk, nicht einzelne Teile desselben, entscheiden. Das ist auch von Kühlmann bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk klar zum Ausdruck gebracht worden, indem er erklärte, daß die Körperschaften, die gegenwärtig in den Randstaaten bestehen, ausgebaut und erweitert werden sollten, ehe sie über die Zukunft ihres Landes zu entscheiden hätten. Von einem Ausbau dieses Landesrats — insbesondere auf demokratischer, die Mitwirkung des gesamten Volkes bedingenden Grundlage, haben wir bisher nichts erfahren. Die deutsche Regierung wird also dieses übereilte Angebot bis nach erfolgtem Ausbau des Landesrats zurückstellen müssen, wenn sie nicht den Anschein erwecken will, daß es sich hier um ein abgekartetes Spiel handelt.

Ferner wird sich der Reichstag ebenfalls mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Wir stimmen dem „Berl. Tagebl." zu, wenn es in dieser Beziehung bemerkt:

„Vor allem aber wird auch der deutsche Reichstag sich mit dem Angebot des kurländischen Landesrates eingehend zu beschäftigen haben. Der Reichstag hat sich ja den Ostproblemen gegenüber bisher eine außerordentliche Zurückhaltung auferlegt, aber er darf sich nicht darüber täuschen, daß eine Volksvertretung ebenso sehr durch bescheidenes Zurückstehen wie durch eine klare Stellungnahme Verantwortungen übernimmt. Die Verfassung, die in diesem Punkte dringend der Ergänzung bedarf, gibt dem deutschen Reichstag, der gewählten Vertretung des deutschen Volkes, ja zu einer Mitentscheidung in solchen Fragen kein Recht. Im Oktober 1911 forderte der Reichstag, nach dem Abschluß des Marokko-Kongo-Vertrages, ein Genehmigungsrecht bei Abtreteungen oder Erwerbungen von Kolonialland, was auf den Widerspruch der Regierung stieß. In der Kommission brachte der damalige Abgeordnete Freiherr v. Hertling einen Antrag ein, welcher lautete: „Zum Erwerb und zur Abtretung eines Schutzgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes." Im Plenum erklärte Freiherr v. Hertling am 5. Dezember 1911, eine Möglichkeit, die Regierung zu einer anderen Rechtsauffassung zu zwingen, habe nicht vorgelegen, darum habe man sich auf seinen Antrag, dem die Regierung zustimmte, geeinigt. „Wir haben," sagte Hertling, „für die aktuellen Verträge davon abgesehen, ein Mitbestimmungsrecht des Reichstages herbeiführen, **wir wollen aber eine Sicherung nach dieser Richtung hin für die Zukunft.**" Wenn man damals auch nur an Erwerbungen außerhalb Europas gedacht hat, so läßt sich doch die Ansicht verfechten, daß Kurland ein „Schutzgebiet" ist. Wie man den Begriff aber auch auslegen mag — die Uebertragung der Herzogswürde von Kurland an den Kaiser darf keine dynastische Angelegenheit sein, und dynastische Angelegenheiten darf es bei der Neuordnung der Dinge, nach diesem Kriege, überhaupt nicht geben. Schon in jener Debatte vom 5. Dezember 1911 sagte der Abgeordnete Bebel: „Die Völker wissen nicht, was mit ihnen geschieht, und dabei steht ihr Wohl und Wehe auf dem Spiel. Das geht auf die Dauer nicht mehr." Der Reichstag, der aus der Vergangenheit gelernt haben kann, hat die Pflicht, das Angebot des Landesrates von Kurland gewissenhaft zu prüfen und alle Konsequenzen zu erwägen, die sich daraus ergeben können."

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 12. März, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

Wien, 12. März. (Amtlich.)
Keine Ereignisse.

Rückgabe aller deutschen Kolonien.

In einem Vortrag erklärte Staatssekretär Dr. Solf, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, die deutschen Besitzungen in der Südsee preiszugeben. Wenn von mancher Seite eine solche Preisgabe im Interesse eines „geschlossenen Kolonialbesitzes" gewünscht worden sei, so könne die Reichsregierung einer solchen Politik des Verzichts nicht das Wort reden. Für sie bliebe nach wie vor oberster Leitsatz die Forderung: Rückgabe aller unserer Kolonien! Das hätte aber auch, in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Vortragenden, für Deutsch-Südwestafrika zu gelten, und zwar ebensosehr aus wirtschaftlichen als auch aus politischen und nationalen Gründen. Wenn er während des Krieges gerade aus den Erfahrungen des Krieges heraus wiederholt für eine Konsolidierung unserer Kolonien in Mittelafrika eingetreten sei, so hätte er dabei nicht gedacht, diesen Plan auf Kosten eines preiszugebenden Südwestafrika zu verwirklichen.

„Betrachtungen über die Weltlage."

Die französische „Bataille" vom 1. März schreibt: „Wer sich nicht mit Worten berauscht, wer sein Vaterland wahrhaft liebt, kann nicht umhin, ernste Betrachtungen über die Lage anzustellen. Der beklagenswerte Zusammenbruch Rußlands macht Deutschland zum Herrscher des ganzen Ostens in Europa und des ganzen Westens in Asien. Wer Sinn hat für geographische Räume, sieht jetzt, wie vier große Reiche sich bilden und entwickeln: **das Britische Reich, das Deutsche Reich, das japanische Reich, das amerikanische Reich.**

Und wir Franzosen? Was ist unsere Gegenwart, was ist unsere Zukunft?

Wir werden sicherlich dem deutschen Ansturme widerstehen . . . Und dann? Wer wagt es noch heute, zu behaupten, daß die militärischen Kräfte diesen Krieg entscheiden werden? Welchen Frieden wird der Krieg uns bringen? Sicherlich nicht denjenigen Frieden, von dem unsere Nationalisten törichterweise geträumt haben, — den Frieden, der uns das linke Rheinufer bringen und Oesterreich-Ungarn zerstückeln sollte. Aber schon der Umstand allein, daß sie von ihm sprachen, hat uns unverbesserlichen Schaden zugefügt. Sie haben jetzt nur eine Pflicht: zu schweigen. Sie sollen jetzt Platz machen den Männern, die neben der militärischen Aktion auch die diplomatische befürworten, die auch die Zukunft Frankreichs vor Augen haben. **Unser Vaterland darf niemands Vasall werden.** . . . .

Verstehen Sie das, Herr Clemenceau? Verstehen Sie, daß der Sozialismus im Aufsteigen begriffen ist, und mit ihm die Männer, die ihm anhängen? Verstehen Sie, daß man nicht die Wahrheit arretiert, indem man Caillaux hinter Schloß und Riegel setzt? Caillaux hat in die Masse gewisse Formeln geworfen, die wir jetzt aufnehmen."

Die Lettgallen für Angliederung an die baltischen Provinzen.

Der „Rigaer Lettischen Zeitung" zufolge haben die Lettgallen der deutschen Regierung ein Gesuch eingereicht, um Eingliederung Lettgallens an die baltischen Lande. Frei-

gallen wird heute noch als „Politisch-Ödland" bezeichnet. — Ob diese Wünsche von der Mehrheit der lettgallischen Bevölkerung geteilt werden, ist uns nicht bekannt.

Der deutsch-finnische Vertrag und die Herrschaft in der Ostsee.

In der schwedischen Presse ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der deutsch-finnische Vertrag die Wirkung haben werde, eine deutsche Vorherrschaft in der Ostsee zu schaffen. Demgegenüber verlautet, daß die deutsche Regierung auf dem Standpunkt stehe, eine solche Vorherrschaft nicht nur nicht anzustreben, sondern auch in keiner Weise in die Ostsee-Interessensphäre anderer Staaten eingreifen zu wollen. Es solle von deutscher Seite in der Ostseefrage nichts geschehen ohne Einverständnis mit gleichinteressierten Mächten, insbesondere mit Schweden.

Eine abenteuerliche Flucht.

Die „Voss. Ztg." berichtet: Der finnische Ministerpräsident Per Edving Svinhufvud ist nach einer abenteuerlichen Flucht aus der Gefangenschaft der Roten Garde gestern in Berlin eingetroffen.

Ueber die Flucht des Präsidenten erfährt die „Voss. Ztg.": Svinhufvud war es mit acht anderen Herren gelungen, der Roten Garde in Helsingfors zu entkommen. Die Flüchtlinge versteckten sich auf einem russischen Schiff in Helsingfors. Als sich der Dampfer auf offener See befand, verließen sie ihr Versteck, überwältigten die Besatzung und zwangen sie, den Kurs auf Reval einzuschlagen, wo sie auch glücklich eintrafen. Von Reval aus begaben sich die Flüchtlinge nach Berlin.

Die innere Lage Rußlands.

Zwischen der Ukraine und Rußland haben nach Kiewer Blättermeldungen Friedensverhandlungen begonnen. Das ist nur zu begrüßen.

Die Bolschewisten sollen nach Petersburger Meldungen ihren Namen in russische kommunalistische Partei geändert haben. Ihre Grundsätze, die in der Vertreibung der Bourgeoisie durch einen Bürgerkrieg gipfeln, sind dieselben geblieben. Die Partei hat angeblich mit großer Mehrheit beschlossen, den Friedensvertrag mit Deutschland zu ratifizieren.

Kämpfe zwischen Kosaken und Bolschewiki.

Der „Times" wird aus Peking gemeldet: Der Kommandant der Kosaken, die gegen die Bolschewiki operieren und General Semenow klärten längst der sibirischen Eisenbahn bis zur Karinskaja-Verbindung mit der Amur-Eisenbahn auf. Er stieß Freitag auf eine Truppe von ungefähr 200 Bolschewiki. Die Bolschewiki hatten Feldartillerie bei sich und rückten an der Eisenbahn von Domria, 15 Meilen westlich der Mandschurischen Grenze vor. Nach kurzem Gefechte mußte sich Semenow zurückziehen. Er hätte seine Stellung halten können, wenn er mit Artillerie und Maschinengewehren versehen gewesen wäre. In Sibirien befinden sich drei solcher Kosakenlager.

Die chinesische Regierung hat die Führer der bolschewistischen Truppen vor einem Einfall in chinesisches Gebiet gewarnt, da das als Kriegshandlung angesehen würde.

Wilson tröstet die Bolschewiki.

(Reutermeldung.) Wilson schickte an den amerikanischen Konsul in Moskau folgendes Telegramm: Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets ergreifen, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblicke auszusprechen, wo die deutsche Macht sich eindrängt, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen, sowie die Wünsche Deutschlands an Stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbare wirksame Hilfe zu leisten; aber sie würde es wünschen, diese Hilfe zu erweisen. Ich möchte dem russischen Volke durch den Kongreß die Gewißheit geben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede Gelegenheit benutzen wird, um Rußland noch einmal vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten zu sichern und ihm wieder zu seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt im vollen Umfange zu verhelfen. Das Volk der Vereinigten Staaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Versuche des russischen Volkes teil, sich von jeder alten autokratischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Landes zu werden.

Solcher Trost ist billig; den Amerikanern kostet und den Russen nützt er nichts.

Der Besuch der Ententesozialisten in Amerika.

Wie der „Matin" erfährt, hat eine Abordnung der Ententesozialisten, die sich demnächst nach Amerika begibt, die Aufgaben, erstens Wilson in persönlicher Verhandlung zum Anschluß an die Londoner Denkschrift zu bestimmen, zweitens den unter der Führung Gompers stehenden amerikanischen Gewerkschaftsverband zur Beteiligung an der internationalen Sozialistenkonferenz zu bewegen. Bisher haben England, Belgien und Frankreich ihre Vertreter ernannt. Für England reisen der Erminister Henderson und der Eisenbahnersekretär Thomas, für Belgien de Man und Camille Huysmans und für Frankreich der Gewerkschaftssekretär Jouhaux und der Deputierte Marcel Cachin.

Kleine Nachrichten.

Der deutsche Fliegerangriff auf Paris wurde nach einer Havasmeldung mit etwa 80 Flugzeugen ausgeführt. Ein Zeppelin „Gotha" soll abgeschossen sein. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Deutsche Marinestreitkräfte belegten Neapel und die Eisenwerke von Bagnoli in der Nacht vom 10. zum 11. mit Bomben.

Die Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der kaukasischen Republik werden fortgesetzt.

Die Wirtschafts-Verhandlungen zwischen Holland und der Entente einschließlich Amerika sind gescheitert.

Bei Wahlen in Chile siegten die ententefreundlichen Parteien.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag

hat nach seinem Wiederzusammentritt sich für die nächsten Tage mit Kleinarbeiten zu befassen. Dazu möchten wir freilich ihrer sachlichen Bedeutung wegen nicht die Vorlage rechnen, die eine Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten um 44 und die Einführung der Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen bringt. Der Entwurf stellt ein Entgegenkommen an die Arbeit des Verfassungsausschusses dar und dieser Umstand wurde von den bürgerlichen Parteien der Mehrheit, von dem Zentrumsredner Kuckhoff und dem Volksparteiler Müller-Meiningen gebührend unterstrichen. Sie nannten ihn ein Stück Neuorientierung und einen ersten Erfolg. Der Redner unserer Fraktion, Genosse Gradnauer, mußte freilich etwas Wasser in diesen Wein schütten. Er wies darauf hin, daß diese Vorlage mit einer Fülle fragwürdiger Bestimmungen bepackt sei, und wenn die Sozialdemokratie es auch als Erfolg ihrer langjährigen Bemühungen buchen kann, daß man einen Versuch mit dem Proportionalwahlsystem hier macht, so ist es doch immerhin nur ein Versuch und zwar ein unzureichender und unbefriedigender. Berlin wählt nach der Vorlage künftig 10 Abgeordnete, die Provinz Ostpreußen mit ungefähr der gleichen Einwohnerzahl ungefähr 17. Die Restwahlkreise, die nach der Zusammenfassung Münchens bleiben, haben ein zwei- bis dreifach stärkeres Wahlrecht wie München selbst. Freilich werden in diesen drei Wahlkreisen gerade Konservative gewählt. So ist der Verdacht nicht ganz abzuweisen, daß parteipolitische Absichten doch mit an der Wiege des Entwurfes gestanden haben. Wir hätten eine großzügigere Reform gewünscht, und der Hinweis auf England, das mitten im Weltkriege eine große Wahlreform vorgenommen und 6 Millionen Frauen das Stimmrecht gegeben hat, widerlegt am besten den Einwand, daß jetzt nicht die Zeit sei zu grundlegenden Verbesserungen unseres Wahlrechts. Wir werden versuchen, im Ausschuß Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen und behalten uns die schließliche Entscheidung vor. Mit dieser Entscheidung waren die Unabhängigen bereits fertig. Sie lehnten durch Dr. Erdmann das Achtelreformchen ab, indem sie nur den heimtückischen Versuch sehen, die große Reform selber zu vereiteln. Daß aber diese Reform doch etwas für die Verbesserung des Wahlrechts bedeutet, bewiesen die Ausführungen des Konservativen v. Veith, der eine Vermehrung der Reichstagssitze um 20 als das höchste bezeichnete, was gewährt werden könne. Die Vorlage ging an den Ausschuß.

Dienstag, den 12. März 1918.
138. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Wallraf.

Das Haus ehrt das Andenken an den verstorbenen Abg. Stolle (U. S.), der dem Reichstage ununterbrochen seit 1881 angehört hat, durch Erheben von den Sitzen.

Anfragen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) beschwert sich über die Aeußerung des Reichskommissars für die Kohlenversorgung auf der Stuttgarter Kohlenkonferenz gegenüber der Anregung, eine Rationierung der Kohlenlieferung eintreten zu lassen, „er stehe und falle mit dem freien Handel", und führt weiter Klage über die mangelhafte Kohlenversorgung der süddeutschen Städte, speziell Frankfurt a. M.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Der Reichskommissar für Kohlenversorgung hat sich keineswegs gegen die Rationierung der Kohlen, sondern nur gegen die öffentliche Bewirtschaftung gewendet. Der Hausbrand ist längst rationiert und soll auch weiter rationiert bleiben. Für einen schrankenlosen freien Kohlenhandel hat der Reichskommissar sich nicht ausgesprochen, sondern nur seinen Gegensatz zur öffentlichen Bewirtschaftung festgestellt. Die jetzt schlecht versorgten süddeutschen Städte sollen künftig besser versorgt werden.

Abg. Geyer (U. S.) beschwert sich über eine Verschärfung der Vorzensur, da zur Ausfuhr bestimmte Zeitschriften schon 24 Stunden vor der Ausgabe im Original oder Umdruck eingereicht werden müssen.

Major von der Berg: Eine Verschärfung der Vorzensur ist nicht vorgenommen worden, es handelt sich hier um eine neue Regelung der Ausfuhr von Zeitschriften, die im Interesse der Zeitschriften selbst liegt.

Abg. Scheef (Vp.) fragt, ob der Wunsch der kleinen Landleute, daß ihnen für das fehlende Brotgetreide eine entsprechende Menge selbsterzeugter Gerste belassen werden möge, erfüllt werden könne.

Unterstaatssekretär v. Braun: Mit Rücksicht auf die besonderen Verwendungszwecke der Gerste ist es nicht möglich, diesen Wunsch der Gerste besitzenden Teilselbstversorger zu erfüllen.

Abg. Uhlig (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf ein vertrauliches Schreiben des Reichsverbandes für Herren- und Knabenbekleidung, nachdem die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberkleidung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen will, daß an Stelle der Beschlagnahme den Detailgeschäften die Verpflichtung zur Lieferung von 250 000 Anzügen auferlegt ist, wobei ihnen gestattet sei, auf den Fakturen- oder Einstandswert dieser Notstandskleidung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu erheben. Es bedeutet dies eine ungeheuerliche Verteuerung der Notstandskleidung für die minderbemittelte Bevölkerung.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Das Rundschreiben des genannten Verbandes entspricht nicht den Tatsachen. Den Fakturenzuschlag in Höhe von 50 Prozent hat der Verband beansprucht, er ist ihm aber nicht bewilligt worden. In dieser Höhe gilt er nur für Anzüge aus Stoffen, die noch aus Friedenszeiten stammen. Im übrigen sind die Preisforderungen des Verbandes sehr wesentlich herabgesetzt worden, und die Ware wird geprüft, ehe der Preis festgesetzt wird.

Abg. Taubadel (Soz.) wünscht Abhilfe gegen eine Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 5. Armeekorps, wonach Bestimmungen des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst auch für jugendliche männliche Personen im Alter von 14 bis 17 Jahren Anwendung finden sollen.

Major v. Braun: Rechtliche Bedenken gegen die Verordnung, die auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand erlassen ist, bestehen nicht. Eine Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes über die untere Altersgrenze hinaus und eine zwangsweise Heranziehung jugendlicher Arbeiter ist auch nicht beabsichtigt.

Abg. Kleye (Natl.) beschwert sich über zu niedrige Bezahlung der Landwirte bei der Aushebung von Pferden für militärische Zwecke.

Generalmajor v. Wriesberg sagt ein nachträgliches Prüfen beanstandeter Fälle zu.

Abg. v. Gräfe (Kons.) rügt das Verhalten der dänischen Reisegesellschaften gegenüber dem deutschen Prisenschiff „Igotz Mendi" und fragt, welche Schritte gegen das den Grundsätzen des Völkerrechts und einer loyalen Neutralität widersprechende Verfahren der dänischen Regierung unternommen worden sind.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes: Die deutsche Regierung ist sofort in Kopenhagen vorstellig geworden, wobei sie sich auf das Verhalten der dänischen Regierung gegenüber einem in Seenot geratenen englischen Schiff gestützt hat. Die Reichsregierung zweifelt nicht, daß die dänische Regierung die Freilassung der internierten Mannschaft und ihre sofortige Abreise nach Deutschland anordnen wird. Die Antwort der dänischen Regierung wird heute oder morgen in Berlin erwartet.

Ergänzung zum Reichstagsbericht vom 10. Februar.

Abg. Dr. Herzfeld (U. S.): Der Oberkommandierende in den Marken hat die außerordentlichen Kriegsgerichte angewiesen, alle durch diese Gerichte etwa Freigesprochenen dem Berliner Polizeipräsidium wieder vorzuführen, damit die Schutzhaft über sie verhängt wird. Die Freigesprochenen sind auch im „grünen Wagen" nach dem Polizeipräsidium gebracht und fast ausnahmslos in Schutzhaft genommen worden. Gedenkt der Reichskanzler gegen dieses hemmungs- und wahllose Schalten mit der Freiheit der Staatsbürger einzuschreiten?

Generalmajor v. Wriesberg: Das Oberkommando in den Marken hat den in Frage kommenden Befehl an die außerordentlichen Kriegsgerichte nicht erlassen. Vielmehr hat das Polizeipräsidium in Berlin das Ersuchen nach Vorführung der Freigesprochenen an die Kriegsgerichte gestellt; diesem Ersuchen ist in verschiedenen Fällen nachgekommen worden. Jedoch sind die betreffenden Personen stets sofort durch das Kgl. Polizeipräsidium entlassen worden.

(Bei der Unruhe im Hause blieb die Anfrage und ihre Beantwortung auf der Tribüne unverständlich.)

Die neue Zusammensetzung des Reichstages.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über die neue Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen. Danach soll die Zahl der Reichstagsabgeordneten von 397 auf 441 erhöht, die Zahl der Wahlkreise auf 397 vermindert werden. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden, Hamburg, bilden je einen Wahlkreis. Ferner werden noch 8 große Wahlkreise durch Zusammenlegung gebildet. Diese Riesenwahlkreise erhalten mehrere Abgeordnete. So werden in Berlin 10 Reichstagsabgeordnete gewählt, im Kreise Teltow 7, in Hamburg 5, in Bochum und Leipzig je 4, in Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl eingeführt.

Staatssekretär des Innern Dr. Wallraf: Die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Wahlkreise, die nach dem Gesetz 100 000 betragen sollte, beträgt nach der letzten Volkszählung 163 500. Die Vorlage bringt eine Teilreform. Bei Zugrundelegung der Durchschnittszahl von 100 000 würde der Reichstag aus 700 Abgeordneten bestehen. Im allgemeinen entspricht die Vorlage dem früheren Beschlusse des Reichstages nur mit der kleinen Aenderung, daß der Begriff der wirtschaftlich zusammengehörigen Gebiete nicht in die Vorlage übernommen ist, vor allem mit Rücksicht darauf, daß dieser Begriff sehr verschieden ausgelegt wird. Der Minister erörtert des weiteren die Vorteile und Nachteile des Proportionalwahlsystems; seine Ausführungen bleiben im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich. Welche politischen Folgen die Vorlage für die einzelnen Parteien mit sich bringen wird, läßt sich nicht übersehen. Das beweist schon, daß die Regierung bei ihrer Vorlage sich von rein sachlichen Beweggründen hat leiten lassen. Ich hoffe, daß auch die Kritik nur von sachlichen Motiven ausgehen wird.

Abg. Kuckhoff (Zentr.): Die Vorlage bedeutet ein Stück Neuorientierung. Sie ist bedingt durch die gewaltige Vermehrung der Bevölkerung in den großindustriellen Wahlkreisen. Wir haben jetzt Wahlkreise mit 13 000 000 Einwohnern. Wir begrüßen die Vorlage grundsätzlich. Eine allgemeine Reform der Wahlkreiseinteilung wäre zurzeit nicht zweckmäßig, zumal auch die letzte Volkszählung von 1910 jetzt keineswegs mehr maßgebend ist. Die Verhältniswahl wird durchaus günstig wirken, indem es größeren Minoritäten die Vertretungsmöglichkeit gibt. Die politische Wertung der Verhältniswahl wird man abwarten müssen. Jedenfalls werden auf diese Weise die 44 neuen Abgeordneten nicht einer Partei zufallen, sondern sich auf verschiedene Parteien verteilen. Alle Ungleichheiten werden durch die Vorlage nicht beseitigt, vielmehr neue geschaffen. Die Großstädte kommen jetzt besser weg als die Mittelstädte. Eine ganz gerechte Verteilung wird sich aber nie finden lassen. Wir wollen die Vorlage schnell verabschieden, um Preußen ein Beispiel zu geben. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Die Vorlage bringt zum erstenmal eine einschneidende Aenderung des Reichstagswahlrechts und ist zweifellos von großer Tragweite in politischer Beziehung. Ich kann sie aber nicht so günstig beurteilen wie mein Vorredner. Der Staatssekretär hat die Vorlage sehr nüchtern eingeleitet. In höheren Tönen sprach im vorigen Jahre Dr. Helfferich über die Absicht der Reichsleitung. Er sagte, der geplante Ausbau solle die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder des deutschen Volkes sichern. Ich kann wahrlich nicht anerkennen, daß diesen tönenden Worten die jetzige Vorlage auch nur annähernd gerecht wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Statt einer wirklich groß angelegten Reform bekommen wir eine Teilreform, die bepackt ist mit einer Fülle sehr fragwürdiger Bestimmungen. Wir haben die Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung oft genug aufgedeckt und haben auch die Verhältniswahl seit langem gefordert. Insofern bedeutet die Vorlage einen Erfolg unserer vieljährigen Bemühungen. Leider weist sie aber einen überaus zwiespältigen Charakter auf. Einen guten und gerechten Grundgedanken bringt sie in einer solchen Form zum Ausdruck, daß wir das Ganze nur als sehr unzureichend und unbefriedigend bezeichnen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine allgemeine Reform wäre durchaus möglich. Man sagt, mitten im Kriege dürfe man keine großen Parteikämpfe hervorrufen. Aber dasselbe haben wir in Preußen immer gehört und schließlich ist man doch auch dort zu einer besseren Erkenntnis gekommen. Gerade jetzt nach dem großen Erlebnis dieses Weltkrieges wäre es eine Pflicht der Reichsleitung und des Reichstages, die volle Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts zur Durchführung zu bringen. (Sehr gut! bei den Soz.) England hat im Kriege eine Wahlreform großen Stils, die auch 6 Millionen der weiblichen Bevölkerung das Wahlrecht brachte, durchgeführt. (Hört, hört!) Durch die Vorlage aber bleibt der pluralrechtliche Charakter der Reichstagswahlkreiseinteilung, der durch die immer wachsende Ungleichheit der Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen entstanden ist, auch in Zukunft in großem Umfange erhalten. Berlin, das an Einwohnerzahl so groß ist wie die Provinz Ostpreußen, wird nach dem neuen Gesetz nur 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können, die Provinz Ostpreußen dagegen 17. (Hört, hört!) 277 Wahlkreise bleiben unter dem Durchschnitt von 163 500, 62 davon haben sogar weniger als 100 000 Einwohner. (Ein Wahlkreis wie Teltow mit einer Einwohnerschaft von 1 351 000 erhält in Zukunft 7 Mandate; aber ebenso 7 Mandate bekommt auch der Regierungsbezirk Stettin mit nur 869 000 Einwohnern. Die Einwohner vor den Toren Münchens in einem sogenannten Restwahlkreis haben das zwei- bis dreifache Wahlrecht wie die Einwohner Münchens selbst. (Hört, hört!) Die Münchener haben nur dasselbe Wahlrecht wie die drei Wahlkreise, in denen die Hauptführer der Konservativen gewählt sind. (Hört, hört!) Das Proportionalwahlrecht will die Vorlage nicht etwa als gutes und gerechtes Prinzip, sondern lediglich als politisches Aushilfsmittel. Die ganze Art, wie sie die Verhältniswahl nur für einen Teil der Großstädte einführt, hat offensichtlich eine Spitze gegen die Arbeiterschaft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das wird ganz offenherzig in der Begründung zugegeben. So ist die Vorlage stark mit parteipolitischen Absichten belastet. Der tendenziöse Einschlag der Vorlage geht schon daraus hervor, daß die Verhältniswahl in einer Weise eingerichtet ist, die ihrem eigentlichen Zweck durchaus widerspricht, der dahingeht, daß die Minderheiten restlos erfaßt werden. Nach der Vorlage fallen sehr erhebliche Minderheiten aus, die unter Umständen, wenn z. B. 5 Parteien in einem Wahlkreise vorhanden sind, insgesamt die Mehrheit darstellen können und die sicherlich in allen Fällen weit größer sind, als die Mehrheiten in kleineren Wahlkreisen. Wenn solche Minderheiten sich zusammentun, so kommt es wieder zu den „unnatürlichen Wahlbündnissen", denen die Verhältniswahl ja nach der Begründung gerade entgegenwirken soll.

Ein weiterer Uebelstand der Vorlage ist die Schädigung der Arbeiterschaft in den Restwahlkreisen, von welchen industrielle Teile abgeschnitten und mit benachbarten Städten verbunden sind.

Der Verfassungsausschuß wird also ernstlich prüfen müssen, ob die Neuregelung nicht mindestens auf alle Wahlkreise, die schon 1910 200 000 Einwohner hatten, ausgedehnt werden soll, wenn dadurch auch die Zahl der Reichstagssitze um 100 steigen sollte. Der Wahlausschuß wird auch alle in der Literatur und Presse gemachten Vorschläge zur Lösung des Problems prüfen müssen. Ich weise da besonders auf den sehr beachtenswerten Vorschlag hin, den mein Parteifreund Geck gemacht hat, nach welchem eine Regelung des gesamten Wahlverfahrens möglich ist, die allen Forderungen der Gerechtigkeit entspricht. In bezug auf die Wahlordnung ist zu verlangen, daß sie nicht ohne Zustimmung des Reichstages erlassen werden darf. Das System der gebundenen Listen ist jedenfalls besser als das in der Vorlage vorgesehene, wonach jeder Wähler beliebig die Liste ändern kann.

Alles in allem bedeutet die Vorlage eine Milderung des bisherigen Unrechts des Reichstagswahlrechts gegen die großen Städte und sie führt das neue Prinzip der Verhältniswahl ein. Freilich bleibt viel altes Unrecht bestehen und neue Mängel und Benachteiligungen sind zu befürchten. Die Reform ist eine Teilreform und trägt die Notwendigkeit einer weiteren Reform in sich. Freilich verwahrt sich die Regierung gegen eine weitere Reform in absehbarer Zeit. Aber trotz solcher Verwahrung wird die Entwicklung nicht stillstehen. Das Verlangen nach der allgemeinen Anwendung des Verhältniswahlrechts und nach einer wirklich gerechten Einteilung der Wahlkreise wird immer stärker werden. Ihre endgültige Stellungnahme behalten meine Freunde sich vor. Aber selbst wenn das Gesetz in verbesserter Form zustande kommt, so können wir es nur als ein Provisorium betrachten, als einen Anfang, als einen Schritt auf dem Wege, auf dem in Zukunft weiter marschiert werden muß. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Müller-Meiningen (Vp.): Meine Freunde stehen dem Entwurf wesentlich sympathischer gegenüber als der Vorredner, er ist der erste Erfolg der Arbeiten des Verfassungsausschusses. Die Vermehrung der Abgeordneten um 44 erscheint uns richtig. Auf Schachern und Feilschen im einzelnen darf man sich nicht einlassen. Daß durch die Verhältniswahl die Minderheit nur in einigen Wahlkreisen vertreten sein soll, erscheint auch uns als ein Mangel. Aber nach der ganzen Entwicklung, die die Angelegenheit genommen hat, muß das jetzt mit in den Kauf genommen werden. Alles in allem scheint die Vorlage jedenfalls eine gute Grundlage für die Lösung des technisch ebenso schwierigen wie politisch wichtigen Problems.

Abg. Dr. Junck (Natl.): Wir sehen in der Vorlage eine loyale Erfüllung des Wunsches des Reichstages. Ich hoffe, daß die Freunde des Abg. Gradnauer sich in der Kommission der Vorlage freundlich gegenüberstellen werden. Vor einer Arbeiterfeindlichkeit der Vorlage kann man wirklich nicht sprechen. Sie wird zweifellos eine bedeutende Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Folge haben. Erfreulich ist, daß man die gebundenen Listen nicht eingeführt hat, hinter denen sich das indirekte Wahlrecht verbirgt. Für den Fall, daß die Wahlanfechtungen sich nach der Vorlage vermehren sollten, würden wir erneut anregen, die Wahlprüfungen einer richterlichen Behörde zu überweisen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. v. Veit (Kons.): Die Vorlage scheint uns die hohe Bedeutung der gütererzeugenden Gegenden nicht genügend zu berücksichtigen. Die Vermehrung um 44 Mandate geht sehr weit; wir hatten höchstens mit 20 neuen Mandaten gerechnet. Den wenigen Vorteile des Proportionalwahlsystems stehen erhebliche Nachteile gegenüber. Der Einfluß der politischen Parteileitungen wird dadurch erheblich verstärkt. Die persönliche Fühlungnahme der Abgeordneten mit den Wählern wird vermindert. In der Vorlage wird gesagt, daß von einer Ausdehnung der Verhältniswahl auf das ganze Reich keine Rede sein könne. Der Vizekanzler v. Payer hat aber neulich gesagt, die Vorlage sei die Probe auf die Durchführbarkeit der Verhältniswahl im großen. (Hört, hört! rechts.) Wir stimmen der Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß zu.

Abg. Dr. Erdmann (U. S.): Wir können diesen Viertel- und Achtelreformchen keine besonderes Vertrauen entgegenbringen. (Bravo! b. d. U. Soz.) Mit dem Zweck der Vorlage haben wir nichts zu tun. Die Wahlreform wird betrieben, um die Arbeiter in den Schützengräben und den Munitionsfabriken bei der Stange zu halten im Interesse der Kriegsziele der Eroberungspolitiker. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Die bürgerlichen Parteien werden von dem Gesetz nicht Schaden haben; ist doch bei der Zusammenlegung der Wahlkreise eine Wahlkreisgeometrie zu Gunsten bestimmter bürgerlicher Parteien, des Zentrums und der Konservativen, zuungunsten der Sozialdemokratie betrieben. Von der Einführung des allgemeinen Verhältniswahlrechtes werden die Parteien nur durch die Furcht vor der Sozialdemokratie abgehalten. Sie haben sich auf eine emperierte Verhältniswahl geeinigt, bei der sie sicher nicht Schaden leiden werden. Wenn man nicht einmal jetzt, in der Zeit der Not, ein wirkliches Zugeständnis an das Volk erreicht, so wird das nach dem Kriege noch weniger der Fall sein. Deshalb ist dieser Entwurf kein Anfang einer beginnenden Reform, sondern dieses Reförmchen soll einer wirklichen Reform den Weg verlegen. Deshalb lehnen wir diese Vorlage ab, dadurch werden wir das Vertrauen immer weiterer Volkskreise gewinnen. (Bravo! b. d. U. Soz.)

Abg. Graf v. Posadowsky (D. Frkt.): Wie sehr man ein Wahlrecht überschätzen kann, dafür ist ein Beispiel die Aeußerung eines Redners in Frankreich, der die Listenwahl empfahl, mit den Worten: Nach Einführung dieses Wahlrechtes wird Frankreich so glücklich sein, daß selbst die Frauen ohne Schmerzen gebären werden. (Heiterkeit.) Die Entwicklung der Bevölkerung wird über kurz oder lang zu einer Umänderung der gesetzlichen Grundlage der Wahlkreiseinteilung zwingen. Dabei muß aber neben der Bevölkerungszahl auch die Fläche mit in Betracht gezogen werden; sonst wird der Reichstag immer mehr zu einer Vertretung großstädtischer Interessen. Indem ich diesen Gedanken der Regierung zur ernsthaften Erwägung bei der endgültigen Regelung der Frage mitgebe, will ich mich nicht gegen den vorliegenden Entwurf erklären, der nur eine vorübergehende Maßregel darstellen kann.

Die Debatte schließt. Der Entwurf wird dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Es folgt die Vorlage zur

Aenderung des Postscheckgesetzes.

Staatssekretär des Reichspostamtes Rüdlin: Die Vorlage will die Teilnahme am Postscheckverkehr weiter verbilligen, um den bargeldlosen Zahlungsverkehr möglichst zu fördern. So soll der Briefverkehr der Postscheckkunden mit dem Postscheckamt vom Porto befreit und die Gebühr von 3 Pfg. für Ueberweisungen aufgehoben werden. Die Einzahlungsgebühr für Zahlkarten soll in Zukunft der Einzahler tragen. Ich hoffe, daß auch diese Vorlage dazu beitragen wird, das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege zu erleichtern. (Bravo!)

Abg. Taubadel (Soz.) kritisiert die Neuerung, daß der Einzahler in Zukunft die Einzahlungsgebühr tragen soll. Die Ansicht der kaufmännischen Korporationen über die Wirkung einer solchen Maßnahme ist durchaus geteilt. Ich glaube, daß sie ein Hemmnis der Ausbreitung des Postscheckverkehrs sein wird. Wünschenswerter wäre eine vermehrte Reklame für den Postscheckverkehr und die Schaffung weiterer Erleichterungen. (Bravo! b. den Soz.) Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den Hauptausschuß.

Abg. Schulenburg (Natl.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Siehr (Vpt.) wendet sich gegen den Abg. Taubadel. Die kleine Einzahlungsgebühr wird die Einzahler nicht abschrecken angesichts der großen Bequemlichkeit dieser Zahlungsart.

Abg. Brockhausen (Kons.) stimmt dem Vorredner zu.

Abg. Vogtherr (U. S.) erklärt, daß seine Freunde der Vorlage auch ohne Kommissionsberatung zugestimmt hätten.

Die Vorlage geht an den Hauptausschuß. Ein Gesetz über Kriegsabgaben der Reichsbank wird ohne Debatte an dieselbe Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr: Mittelstandsinterpellation des Zentrums.

Schluß ¾7 Uhr.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Bei Abwehr eines belgischen Vorstoßes östlich von Nieuport nahmen wir 1 Offizier und 30 Mann gefangen. Eigene Unternehmungen östlich von Zonnebeeke und südwestlich von Fromelles brachten 23 Engländer und Portugiesen ein. In der Champagne stürmten sechs preußische Kompagnien nach starker Feuervorbereitung die französischen Gräben nordöstlich von Prosnes und kehrten nach Zerstörung der feindlichen Anlagen mit 90 Gefangenen in ihre Linien zurück.

Starke Erkundigungstätigkeit in der Luft führten zu heftigen Kämpfen. Wir schossen gestern 19 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab.

Rittmeister Freiherr v. Richthofen errang seinen 64., Leutnant Frhr. v. Richthofen seinen 28. und 29. Luftsieg.

Osten.

Deutsche und österreich-ungarische Truppen stehen vor Odessa.

Mazedonische Front.

Bei Makovo im Cernabogen hielt die seit einigen Tagen durch eigene erfolgreiche Vorstöße hervorgerufene Feuertätigkeit der Franzosen auch gestern an.

Von der italienischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Friedensgerüchte.

Berlin, 13. März. Dem „8-Uhr-Abendblatt" wird aus Genf gemeldet: Verschiedene Pariser Blätter verbreiten erneut das Gerücht über die angeblich bevorstehende oder bereits eingeleitete neutrale Vermittlungsaktion zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den kriegführenden Staaten im Sinne eines Verständigungsfriedens, bevor noch die Kämpfenden die letzte Waffenentscheidung wagen. — Der „Matin" will wissen, daß der Vatikan in den letzten Tagen vermittelnde Schritte dieser Art in Washington unternommen und sich dabei auf die Annahme des Wilsonschen Grundgedankens durch Hertling gestützt habe. Andere französische Blätter sprechen von der Möglichkeit einer Friedensaktion des schweizerischen Bundesrats.

Möchte sich nur eines dieser Gerüchte bewahrheiten.

Für unsere Feldgrauen.

Reisetage bei Urlaub.

Die mit der Befugnis zur Erteilung von Urlaub ausgestatteten Seebefehlshaber und die Befehlshaber der außerhalb der deutschen Reichsgrenzen stehenden Marineteile sind, nach einer Verfügung des Reichsmarineamtes vom 4. Januar 1918, berechtigt, über die Höchstgrenze ihrer Urlaubsbefugnisse hinaus noch besondere Reisetage zu bewilligen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 13. März.

Eine Verstärkung des D-Zug-Verkehrs

ist nunmehr geplant, ebenso die Einschränkung der meist unrentablen 1. Klasse in allen Zugarten. Weiter besteht die Absicht, auch in den Eilzügen Wagen erster Klasse einzustellen, eine Einrichtung die sich längst als dringendes Bedürfnis erwiesen hat. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Die durch die Tagespresse verschiedentlich gebrachte Mitteilung, der Minister der öffentlichen Arbeiten habe im Abgeordnetenhause erklärt, die D-Züge sollten in Zukunft nur noch die 1. und 2. Klasse führen trifft nicht zu.

Bei der außerordentlichen Steigerung aller Ausgaben ist die Eisenbahnverwaltung allerdings genötigt, durch eine Vereinfachung der Zugbildung auf eine Herabminderung der Betriebskosten hinzuwirken. Diese Vereinfachung soll aber dadurch erreicht werden, daß künftig, und zwar voraussichtlich erst nach dem Kriege, nach den folgenden Richtlinien in möglichst weitem Umfange in den Zügen tunlichst nur noch zwei Wagenklassen geführt werden.

Für die überwiegende Mehrzahl der D-Züge (Schnellzüge) — etwa 75 v. H. — soll die 2. und 3. Klasse vorgesehen werden. Es sind die Züge, bei denen die 1. Klasse so wenig benutzt war, daß ihre Mitführung nicht wirtschaftlich und ihr Wegfall geboten ist. Ein geringerer Teil der D-Züge — etwa 8 bis 10 v. H. — soll wie früher nur die 1. und 2. Klasse führen. Hierfür sollen in erster Linie die D-Züge in Frage kommen, die dem großen internationalen Verkehr, sowie dem Verkehr zwischen den Hauptverkehrspunkten dienen und bei denen auch bisher die 1. Klasse gut besetzt war. Diese Züge sollen unter Einschränkung der Zahl der Aufenthalte mit besonderer Beschleunigung durchgeführt und, soweit möglich, mit Wagen neuer Bauart ausgerüstet werden. Auf Strecken mit geringerer Zugzahl und da, wo es in Würdigung besonderer Verkehrsverhältnisse geboten sein sollte, werden jedoch ausnahmsweise auch D-Züge mit der 1., 2. und 3. Klasse bestehen bleiben.

Da für weite Reisen schon jetzt die D-Züge bevorzugt werden, sollen Eilzüge, die den durchgehenden Verkehr bedienen und weite Strecken durchfahren, ihrer Bedeutung für den Fernverkehr entsprechend, in D-Züge umgewandelt werden. Das wird ohne Schädigung der Verkehrsentwickelung möglich sein, da der Schnellzugszuschlag bei großen Entfernungen keine Rolle spielt. Eilzüge sollen im allgemeinen nur noch auf mittlere Entfernungen, etwa bis zu 250 Kilometern, gefahren werden. Sie führen grundsätzlich nur die zweite und dritte Klasse. Die erste Klasse wird unbedenklich aufgehoben werden können, da nur etwa 8 v. H. der Plätze 1. Klasse in Eilzügen benutzt waren.

Es ist jedoch ferner die Einrichtung von Eilzügen mit der 3. und 4. Klasse in Aussicht genommen, da die 4. Klasse nicht nur im Nahverkehr, sondern im gewissen Umfange auch auf weite Strecken benutzt wird. Es soll damit auch den Reisenden der minderbemittelten Kreise die Möglichkeit geboten werden, weite Reisen in kürzerer Zeit zurückzulegen. Diese Eilzüge sollen vornehmlich dem starken, sich auf weite Entfernungen, wie z. B. Berlin—Oberschlesien, Berlin—Ruhr-Revier, Berlin—Frankfurt (Main), abwickelnden Verkehr der Arbeiter und ihrer Angehörigen dienen und im Anschluß an Tagespersonenzüge auf solchen Strecken verkehren, auf denen Reisende in größerer Zahl die Fahrt in der 4. Klasse auf weite Entfernungen zurücklegen.

In den eigentlichen Personenzügen fällt die 1. Klasse grundsätzlich weg. Schon jetzt ist sie nach und nach beseitigt, ohne daß sich Unzuträglichkeiten ergeben hätten.

Dörrverbot für Frühgemüse.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Ernährung der Bevölkerung im Frühjahr und in den zeitigen Sommermonaten das Frühgemüse eine ausschlaggebende Rolle mitspielt, hatte sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst bereits im Vorjahre genötigt gesehen, das Dörren von Frühgemüse durch die Bekanntmachung vom 30. April 1917 bis zum 31. Juli 1917 zu verbieten. Auch für das Jahr 1918 hat die Reichsstelle durch die Bekanntmachung vom 7. März 1918 im Deutschen Reichs-Anzeiger Nr. 60 das Dörren von Frühgemüse bis zum 31. Juli 1918 untersagt. Eine Ausnahme ist nur für dasjenige Frühgemüse zugelassen worden, das auf den Frischmärkten nicht abgesetzt werden kann und das nach Möglichkeit durch Trocknung für die menschliche Ernährung verwertet werden muß.

Die Ausgabe neuer Reisebrotmarken erfolgt im Laufe des Monats März, und zwar neben solchen über 50 Gramm auch Reisemarken über 500 Gramm Gebäck. Mit dem 15. März verlieren die bisherigen Reisebrotmarken ihre Gültigkeit. Das Nähere ist aus der Bekanntmachung im Inseratenteil ersichtlich.

Speisemarken. Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 15. März bis 15. April 1918 erfolgt vom Donnerstag, dem 14. März 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 6 Uhr nachmittags in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, Königstraße 69. Für die Zeit vom 15. März bis 15. April 1918 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben. Man beachte die Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe unseres Blattes.

Verordnungen über Kriegsrohstoffe. Die nach dem Stande vom 1. Januar 1918 neu bearbeitete Zusammenstellung von Gesetzen, Bekanntmachungen und Verfügungen betreffend Kriegsrohstoffe, nebst deren Nachträgen, Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen ist erschienen und für den Korpsbereich des IX. Armeekorps gegen Einsendung von 1 Mk. bei Abteilung R. I. der Kriegsamtstelle Altona, Geibelstraße Nr. 1, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 185, erhältlich. Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, welche Bekanntmachungen usw. für die einzelnen Rohstoffe, die zur Sicherstellung des Kriegsbedarfs erforderlich sind, Geltung haben. Sie enthält auch die Angaben, von welcher Stelle Abdrucke von erlassenen Bekanntmachungen usw. angefordert werden können. Zu dieser Zusammenstellung werden im Laufe des Jahres 1918 in Zwischenräumen von 2 zu 2 Monaten, Ergänzungsblätter herausgegeben werden, deren Erscheinen, jeweils besonders bekannt gegeben wird. Diese werden den Beziehern der Zusammenstellung ohne weitere Anforderungen von den Kriegsamtstellen kostenfrei nachgeliefert. Für behördliche Dienststellen können wie bisher besondere Abdrucke für den Dienstgebrauch kostenfrei bei der Vordruckverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 10, angefordert werden.

Keine Ersatzstoffe für Zigarren. In Raucherkreisen ist vielfach die Befürchtung verbreitet, daß zur Herstellung von Zigarren auch Ersatzstoffe verwendet werden dürfen. Dies ist aber eine irrige Annahme, da nach den Bundesratsvorschriften Hopfen, Buchenblätter, Zichorienblätter und Kirschblätter als Ersatzstoffe für Rauchtabak (für Zigaretten sogar nur bis zu 10 Prozent Hopfen) verwendet werden dürfen. Zur Herstellung von Zigarren sind Ersatzstoffe aller Art verboten, so daß zur Zigarrenfabrikation nur Tabak dient. Auch Tabakrippen dürfen nur zu Zigarren zum Herstellungspreise von 70 Mk. für 1000 Stück verwendet werden.

pb. **Verhafteter Einbrecher.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wirbalen, der hier in der letzten Zeit einige Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat. Er ist überführt, mit einem bereits in Haft befindlichen Arbeiter auch einen größeren Einbruchsdiebstahl in einem Rauchhaus in Travemünde ausgeführt zu haben. Diesem letzteren konnte wieder nachgewiesen werden, mit einem in Hamburg in Haft befindlichen Matrosen aus Travemünde den Einbruchsdiebstahl in der Grammann-Stiftung in Travemünde ausgeführt zu haben.

pb. **Eigentumsvergehen.** Festgenommen wurde ein hiesiger Wagenschieber, der sich ausgedehnter Diebstähle an Eisenbahngütern schuldig gemacht hatte. — Festgenommen wurden zwei Matrosen eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die gemeinschaftlich ihrem Kapitän einen Oelrock gestohlen hatten. — Zur Anzeige wurde ein in der Hüxstraße wohnhafte Arbeiterin gebracht, die hier in verschiedenen Geschäften Diebstähle ausgeführt hatte.

pb. **Festgenommen** wurden zwei hiesige jugendliche Arbeiter, die sich in einem Geschäftshaus in der Fischergrube hatten einschließen lassen, in der Absicht, dort während der Nacht Diebstähle auszuführen.

ph. **Der „rote Hans".** Festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter Arbeiter aus Beindorf im Rheinland, der hier unter dem Namen „roter Hans" mehrere Einbrüche ausgeführt hatte. Mit seiner Festnahme schließt sich eine ganze Kette gefährlicher Einbrecher, von denen schon 7 hinter Schloß und Riegel sitzen. Nicht weniger als neun verschiedene Einbruchsdiebstähle konnten den Festgenommenen nachgewiesen werden.

Kiel. Wegen Wohnungskündigung ins Gefängnis! Vor dem Außerordentlichen Kriegsgericht mußten sich der Kupferschmied Johann Jensen und seine Ehefrau wegen Uebertretung der Verordnung des Gouverneurs betr. Verbot der Wohnungskündigung verantworten. Sie hatten an einen Schiffskammerarbeiter ein Zimmer vermietet und sollen nun diesem Manne das Zimmer gekündigt haben, weil er sich nicht am letzten großen Streik beteiligte. Die Angeklagten bestritten zwar, daß die Nichtbeteiligung des Mieters am Streik die Ursache zu der Wohnungskündigung war, sie hätten vielmehr das Zimmer selbst benutzen wollen, weil die Kinder krank seien. Der Mieter sagte jedoch unter Eid aus, ihm sei von den Angeklagten die Nichtbeteiligung am Streik als Kündigungsgrund angegeben worden. Der Mieter hat darauf einen Schutzmann herbeigerufen, der den Angeklagten vorhielt, daß sie zur Kündigung nicht berechtigt seien. Diese ist denn auch wieder zurückgenommen worden. Das Gericht verurteilte J. zu zwei Monaten und seine Frau, die die Verhandlungen mit dem Mieter geführt hatte, zu drei Monaten Gefängnis. Von einer sofortigen Verhaftung wurde abgesehen mit Rücksicht auf die kranken Kinder. — Es ist wohl das erste Mal, daß, solange die Verordnung des Gouverneurs über das Verbot der Wohnungskündigung und Mietesteigerung besteht, wegen Uebertretung dieser Verordnung auf eine Gefängnisstrafe erkannt worden ist. Bisher wurden solche Uebertretungen immer nur mit Geldstrafe in verhältnismäßig geringer Höhe, die nur bei außergewöhnlichen Fällen zu höheren Summen anwuchsen, geahndet.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Kater Lampe", Komödie in 4 Aufzügen von Emil Rosenow. Zu den deutschen Dichtern, die erst lange nach ihrem Tode die verdiente Anerkennung gefunden haben, gehört auch Emil Rosenow. In jungen Jahren war er ein geachteter Politiker, den ein erzgebirgischer Wahlkreis das Mandat zum deutschen Reichstage übertrug, aber er war Sozialdemokrat, und diesen öffneten die Bühnen der Bourgeoisie nicht gern ihre Pforten

So mußten bedeutende Werte ungenutzt liegen bleiben, während der Blödsinn der Amüsierstücke üppig ins Kraut schoß. Auch der Krieg hat an diesem Zustande wenig geändert, wenn auch Rosenows Schaffen inzwischen besser gewürdigt wurde, als früher. Aus seinen Werken spricht das tiefe Empfinden für die Leiden und Entbehrungen der Armen, sie sind ein Spiegel unserer unhaltbaren sozialen Verhältnisse. Komödie „Kater Lampe" leuchtet hinein in das Leben der armseligen Bewohner des Erzgebirges, wo Skrupellosigkeit, Dummheit, Besitz und Dünkel sich Vorherrschaft über andere anmaßen. Kerniger Humor und beißende Satire nehmen der Anklage, die das Stück darstellt, nichts von ihrer Schärfe. Mancher lacht allerdings, ohne zu ahnen, was der Dichter eigentlich bezweckte. Die Komödie ist außerordentlich wirkungsvoll und erzielte auch gestern abend unter Schweisguths Leitung einen vollen Erfolg. Es sind vollsaftige Menschen, die Rosenow auf die Bühne bringt, und sie waren es auch durchweg in der Darstellung von Schweisguth (Ermischer), Frl. Trebe (dessen Frau), Deutschländer (Neubert), Frau Hofer (dessen Frau), Puendter (Schönherr), Fräul. Brock (dessen Frau), Paulu (Seifert), Frl. Bradsky (dessen Frau), Jung (Wigel), Wedding (Ulbrich) und Frl. Schulz (Maart). Total vergriffen hatte sich Herr Tandar in der Charakterisierung des Gesellen Neumerkel. Er merkte gar nicht, welche tiefen, echt menschlichen Züge der Dichter diesem mißwachsenen Burschen, der den Kampf um seine Recht führt und die Ursache aller Verwicklungen ist, verliehen hat; mit der von ihm beliebten komisch sein sollenden Manier ist bei Rosenows Figuren nichts zu erreichen.

P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. März. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze. 19 500 Brutto-Register-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer „Rockpool" (4502 Brutto-Register-Tonnen), der 6000 Tonnen Gerste und 615 Tonnen Stahlbarren geladen hatte. Der Kapitän des Schiffes wurde gefangen eingebracht. Zwei weitere 5000 Brutto-Register-Tonnen große Dampfer wurden vor dem Westausgange des Aermel-Kanals versenkt, davon einer wahrscheinlich amerikanischer Nationalität, aus einem einlaufenden stark gesicherten Geleitzug heraus.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 13. März. Aus den Kreisen der Mehrheitsparteien des Reichstages erfährt das „Berliner Tageblatt": Die zunehmende Verschärfung des deutsch-polnischen Gegensatzes legt es beiden Teilen nahe, eine Grundlage für eine möglichst dauernde Verständigung zu finden. In diesem Sinne suchten und fanden die polnischen aktivistischen Kreise vermutlich nicht ohne Wissen des Regentschaftsrates Fühlung mit der deutschen Reichstagsmehrheit. Ihre Beauftragten hatten in Berlin Besprechungen mit mehrere Abgeordneten. Die Vorschläge wurden in einer gemeinsamen Sitzung der Mehrheitsvertreter geprüft. Das Resultat dieser Verhandlungen geht ungefähr dahin, daß vom polnischen Staat die westlichen Grenzen, wie sie vor dem Kriege bestanden, ausdrücklich anerkannt werden, und ferner die grundsätzliche Bereitwilligkeit ausgesprochen werden soll, der Frage des Beitritts Polens zum mitteleuropäischem Verbande näher zu treten. Hiernach würden die Mehrheitsparteien des Reichstages, vermutlich gleichfalls nicht ohne Billigung der Reichsregierung, bereit sein, dafür einzutreten, daß von jeder Annexion polnischen Gebietes Abstand genommen werden soll, und daß die Proteste der Polen in der Cholmer Frage eine möglichst weitgehende Berücksichtigung finden. Des Weiteren soll dem polnischen Staate die Möglichkeit gegeben werden, sich nach Osten, etwa nach dem Minsker Gebiet auszudehnen, um dadurch einen breiten Korridor zwischen Litauen und der Ukraine nach Rußland zu bekommen. Vor allem ist die Reichstagsmehrheit der Ansicht, daß ein Beschluß von ihr nicht gefaßt werden könnte, bevor nicht die deutsche Regierung mit der österreichisch-ungarischen ein Einvernehmen erzielt habe.

Paris, Bei dem feindlichen Luftangriff wurden in Paris selbst 29 Personen getötet und 50 verwundet. In der Bannmeile wurden 5 Personen getötet und 29 verwundet. 66 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden totgedrückt bei dem Gedränge, das infolge des panikartigen Schreckens an den Eingängen zur Untergrundbahn entstand, wo man Zuflucht suchte. Ein Hospital wurde getroffen, wo 6 Personen getötet und 7 verwundet wurden.

Petersburg, (indirekt), 12. März. Die Expreß-Korrespondenz erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der Generalkongreß der allrussischen Sowjets in seiner heutigen Sitzung in Moskau den Friedensvertrag mit den Mittelmächten mit riesiger Mehrheit gebilligt habe. Durch die Entscheidung des Generalkongresses wird die Ratifizierung des Friedensvertrages eine sichere Tatsache.

Konstantinopel, 12. März. Nach dem amtlichen türkischen Bericht vom 12. sind die türkischen Truppen nach Ueberwindung des ernsten Widerstandes der Armenier in Erzerum eingerückt und bemühen sich, die von den Armeniern verursachten Brände zu löschen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Die Verordnung über den Verkehr mit Reisebrotmarken vom 8. Oktober 1917 wird wie folgt geändert:

I. § 5 erhält folgende Fassung:

Für jeden Reisetag dürfen einer Person Reisebrotmarken über höchstens 250 Gramm Gebäck ausgehändigt werden, wofür ihr soviel lübeckische Brotmarken gekürzt werden, wie der Tagesmenge im Kommunalverband Lübeck entsprechen.

II. § 7 erhält folgende Fassung:

Die Bäcker, Händler und Gastwirte haben die Reisebrotmarken, die sie für Gebäck oder Mehl entgegennehmen, sofort zu entwerten, indem sie jede einzelne Marke mit Tinte oder Tintenstift deutlich durchstreichen oder mit dem Stempel „Ungültig" abstempeln. In Gast- und Schankwirtschaften hat nicht die Bedienung die Entwertung vorzunehmen, sondern die Person, welche das Gebäck an die Bedienung ausgibt.

Die Bäcker und Händler haben die eingenommenen und vorschriftsmäßig entwerteten Reisebrotmarken dem Polizeiamt allwöchentlich getrennt von den übrigen Brotmarken einzuliefern, Gast- und Schankwirtschaften haben sie bei der ihnen allmonatlich obliegenden Vorlegung ihrer Bezugshefte abzugeben. Die 50-Gramm-Marken sind von den 500-Gramm-Marken getrennt zu bündeln. Mehl wird nur auf solche Reisebrotmarken erstattet, die vorschriftsmäßig entwertet sind.

Nichtentwertete Reisebrotmarken, die im Besitz von Bäckern, Händlern und Gastwirten vorgefunden werden, unterliegen der Einziehung, ohne daß sie den Genannten in Mehl oder Gebäck angerechnet werden.

Lübeck, den 11. März 1918. (1064

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
über die Ausgabe neuer Reisebrotmarken.

Im Laufe des Monats März werden neue Reisebrotmarken ausgegeben und zwar neben solchen über 50 Gramm Gebäck auch solche über 500 Gramm Gebäck. Die letzteren sind bestimmt für Binnenschiffer, für Arbeiter, die außerhalb ihres Wohnortgebietes tätig sind und für Reisende, die sich in volle Verpflegung begeben.

Mit dem 15. März 1918 verlieren die bisher im Umlauf befindlichen Reisebrotmarken über 50 Gramm ihre Gültigkeit. Bis dahin gelten die alten und die neuen Marken nebeneinander. Vom 16. März 1918 ab darf Gebäck auf die alten Reisebrotmarken nicht mehr abgegeben werden.

Bis zum 15. März einschließlich können Reisebrotmarken alten Musters bei den zuständigen Ausgabestellen unter Vorlegung des Lebensmittel-Abmeldescheines noch gegen solche neuen Musters umgetauscht werden.

Personen, die sich nach dem 15. März vorübergehend zur lübeckischen Brotversorgung anmelden und ausweislich ihres Lebensmittel-Abmeldescheines für die Zeit nach dem 15. März 1918 noch mit alten Reisebrotmarken versehen sind, können diese bei den für sie zuständigen Ausgabestellen gegen neue umtauschen.

Lübeck, den 11. März 1918. (1063

Das Polizeiamt.

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 15. März bis 15. April 1918 erfolgt vom Donnerstag, dem 14. März 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 6 Uhr nachmittags in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, Königstr. 69.

Für die Zeit vom 15. März bis 15. April 1918 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für März und April für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 21 bis 24 der Bezugskarte,
2. einer der zum Bezuge von Zucker für März und April gültigen Abschnitte 24 bis 29 der Bezugskarte und
3. sechs Unterabschnitte der Abschnitte 24 bis 30 der Kartoffelkarte. Selbstversorger und Personen, welche auf die Abschnitte 24 bis 30 Kartoffeln bereits bezogen haben, erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II.

Lübeck, den 12. März 1918. (1058

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Verteilung von Sauerkraut.

Vom Donnerstag, dem 14. März 1918 ab können auf den Abschnitt 33 der Warenkarte des neuen Lebensmittelkartenheftes oder der neuen Lebensmittelkarte für jede Person

½ Pfund Kohlsauerkraut oder Rübensauerkraut

zum Preise von 25 Pfennig für das Pfund bei den untenstehenden Kleinhändlern, soweit der Vorrat reicht, entnommen werden.

Die Händler haben die Abschnitte auf Klebebogen aufzukleben, bis spätestens Montag, den 25. März, bei der Städt. Obst- und Gemüsestelle einzuliefern. Zugleich sind die Restbestände aufzugeben, worüber verfügt werden wird.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung über die Einrichtung der Preisprüfungsstellen und der Versorgungsmaßregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mk. 1500 bestraft.

Lübeck, den 12. März 1918. (1055

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Badstein, Wilhelm, Schwönekenquerstr. 1
Beckmann, Heinr., Engelsgrube 51.
Beckmann, Wilh., i. Fa. Conrad Mull, Beckergrube 33.
Frost, Gottl., Rosenstraße 2.
Flaskämper, Wilhelm, Wisbystraße 31.
Grabner, Carl, Schwartauer Allee 43.
Halupka, Paul, Kücknitz.
Hausfrauenverein, Fünfhausen 31.
Heese, Carl, Meierstraße 26.
„ „ Königstraße 48.
Höpfner, Otto, Roeckstraße 16.
Hudoffsky, Karl, Marlistraße 44.
Judersleben, Franz, Hüxstraße 51.
Köster, Bertha, Hüxstraße 113.
Lehsten, Luise, Travemünde, Kurgartenstraße 92.
Möller, Emma, Engelsgrube 72.
Peters, Joh., Dornestraße 32.
Piper, Carl, Blücherstraße 23.
Rehm, Heinr., Westhoffstraße 6.
Rewohl, Friedr., Prießstraße 1.
Rothländer, August, Blücherstraße 20.
Schütt, August, Augustenstraße 14/14a.
Speck, Ed., Hüxstraße 80/82.
Sporm, Heinr., Bäckerstraße 11/13.
Streit, Ed., Wickedestraße 42.
Sühr, J., Untertrave 22.
Tews, Martin, Adolfstraße 7.
Uter, J. C., Kronsforder Allee 12b.
Wiehmann, Adolf, Beckergrube 26.

Bekanntmachung
betreffend
Bestandsaufnahme von Kaffee-Ersatzmitteln.

Nach der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 16. November 1917 und Ergänzung vom 18. Dezember 1917 sind mit dem 23. November 1917 Höchstpreise für Kaffee-Ersatzmittel in Kraft getreten.

Nach § 9 der Verordnung vom 16. November 1917 sind Ausnahmen von der Innehaltung dieser Höchstpreise bei Kaffee-Ersatzmitteln, welche sich schon vor dem Inkrafttreten der Verordnung im Handel befanden, zugelassen worden. Die Frist für die Genehmigung von Ausnahmen läuft mit dem 15. März 1918 ab. Nach diesem Zeitpunkt dürfen alle Kaffee-Ersatzmittel nur noch zu den Höchstpreisen abgegeben werden.

Auf Anordnung des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, vom 20. Februar 1918 hat am 16. März 1918 eine Feststellung zu erfolgen, welche Mengen Kaffee-Ersatzmittel, deren Einstandspreis über dem Höchstpreis liegt, am 15. März ds. Js. noch vorhanden sind.

Besitzer derartiger Bestände an Kaffee-Ersatzmitteln haben der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, bis spätestens am 16. März 1918, abends 6 Uhr, schriftlich zu melden:

1. genaue Adresse des Besitzers,
2. vorhandene Menge,
3. aus welchen Rohstoffen hergestellt,
4. Hersteller bezw. Lieferant,
5. Datum der Lieferung,
6. bei dem Einkauf gezahlter Preis.

Diese Bestandsanmeldung hat nur von Groß- und Kleinhändlern im lübeckischen Staatsgebiet zu erfolgen. Die bereits in den Händen von Verbrauchern befindliche Ware ist nicht anzumelden.

Lübeck, den 12. März 1918. (1057

Das Polizeiamt.

Wer ist Bodenreformer?

„Mammonismus, Kommunismus, Bodenreform! Immer deutlicher trennen sich die großen Heerlager. Unter diesen Zeichen wird der Kampf um die Zukunft entschieden. Niemand, der einmal empfunden hat, daß er persönlich ein Stück Mitverantwortung für seine Zeit zu tragen hat, kann in diesem Kampfe parteilos bleiben." (Damaschke) (1059

Bekanntmachung.
Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Donnerstag, dem 14. März 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 5001 bis 6000 und am Freitag, dem 15. März 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 6001 bis 7000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 13. März 1918. (1070

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Aus den von der dieswöchigen Marmeladenverteilung (Abschnitt 32 der Warenkarte) verbleibenden Resten sind die bisher nicht eingelösten Abschnitte 31 der Warenkarte mit 125 Gramm Marmelade einzulösen.

Kleinhändler, welche auch nach Abgabe dieses Restes nicht alle Abschnitte 31 einlösen konnten, haben ihren Bedarf am 14. März in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle anzumelden. (1056

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr

Kartell-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnungen.
2. Jahresbericht und Bericht der Sekretäre.
3. Bericht über das Gewerkschaftshaus.
4. Eingänge.

Zahlreichen Besuch erwartet

1072 **Die Kartellkommission.**

Junge kräftige Frau sucht Beschäftigung im Neubau, auch renovierte Wohnungen.
1067) Näheres Petersilienstr. 14.

Ruh. Ehepaar sucht z. 1. Juli eine abgeschlossene **3-Zimmer-Wohnung,** am liebst. Burgtor. Ang. unt **O L** an die Exp. (1066

Einfacher **Sportwagen** und **Kinderklappstuhl** zu verkaufen.
1061) Hansastr. 160, II, r.

Gramoph. m. Platt., 1 Taschenuhr z. vrk. A. d. Mauer 41, I. (1062

Eine guterhaltene **Reisetasche oder -Koffer** zu kaufen gesucht. Angebote unter **J G 54** an die Exped. d. Bl. (1071

3 Mark Belohnung
dem Finder eines gefütterten braun. recht. **Leder-Handschuhs,** verloren Sonnabend Meterstr., Kontor Johannes Moll, Dornestr., Eingang Töpferweg. (1069

Sohlenschoner
aller bewährten Fabrikate.
C. Grimm Nachfl.,
Schlumacherstraße 6.
1—3 Uhr geschlossen.
1068

Glasscheiben
aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2008
1049

Trockenes Tannenholz
zum Anheizen frei Haus per Sack **3.20,** ab Lager **3.–** empfiehlt (1954
Heinrich Boye,
Kohlen- und Holzhandlung,
Lindenstr. 17a. Fernruf 913.

Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: (1060
Filmzauber.

Stadttheater. 1085
Mittwoch, den 13. März 1918:
Die Csardasfürstin.
Donnerstag, d. 14. März 1918
Mignon.
Freitag, den 15. März 1918:
Tiefland.
Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Nr. 61
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch,
den 13. März 1918

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Wahlrechtsverschleppung.

Am Beginn der Sonnabendsitzung des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde über die Frage verhandelt, wie die Wahlrechtsfrage weiter behandelt werden solle. Bekanntlich ist ihre erste Lesung im Ausschuß noch nicht erledigt, er hält aber noch eine zweite Lesung für nötig. Und diese zweite Ausschußlesung ist die Voraussetzung der zweiten Lesung im Plenum, die auch noch allerhand holde Möglichkeiten in sich schließt. Und wenn selbst die dritte Lesung glücklich absolviert ist, so muß erst eine mehrwöchige Pause verstreichen und dann die Gesamtabstimmung wiederholt werden, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt.

Es wäre also sehr nötig, die zweite Lesung im Ausschuß schleunigst vorzunehmen, damit die Vorlage im Plenum bis Pfingsten erledigt ist und die Abstimmungspause mit den Pfingstferien zusammenfällt, also kein weiterer Zeitverlust entsteht. Und nun erklären die Konservativen und Freikonservativen, vor allem aber die Nationalliberalen und so halb und halb auch das Zentrum, daß sie die notwendigen **Fraktionssitzungen unmöglich noch vor Ostern** abhalten könnten! Und dabei sind in dieser Woche Plenarsitzungen, an denen die Abgeordneten teilzunehmen haben. Aber wo kein Wille ist, da ist auch kein Weg.

Unser Antrag, daß ein zweimal vom Abgeordnetenhaus angenommenes Gesetz auch ohne die Zustimmung des Herrenhauses mit Genehmigung des Königs in Kraft tritt, wurde abgelehnt.

Sehr interessant war das Verhalten der wahlrechtsfeindlichen Rechten zu dem Zentrumsantrag auf verfassungsmäßigen Schutz der Kirchenrechte und der konfessionellen Schule und Unterstellung aller Verfassungsänderungen unter Zweidrittelmehrheiten beider Häuser. Obgleich dieser Schutz des Klerikalismus dem Wesen der Konservativen durchaus entspricht, sprachen und stimmten sie doch dagegen, um so das **Zentrum womöglich zu veranlassen, das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen.** Da natürlich auch die Linke gegen den Antrag stimmte, fiel er.

Aus den sonstigen Beschlüssen sei noch hervorgehoben, daß die Wahlprüfungen auf freikonservativen Antrag dem Hause entzogen und dem angeblich schon immer so sehr überlasteten Oberverwaltungsgericht übertragen werden sollen.

Unser Vertreter behielt sich die endgültige Stellungnahme dazu nach Rücksprache mit der Fraktion vor.

Nächste Sitzung voraussichtlich Freitag.

Eine Resolution des nationalliberalen Zentralvorstandes für das allgemeine Wahlrecht.

Die Tagung des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei hat mit überwältigender Mehrheit einen Beschluß zugunsten der Wahlrechtsvorlage gefaßt. Abgeordneter Dr. Lohmann sprach im Sinne der Mehrheit der Landtagsfraktion. Nach längerer Aussprache, an der sich Staatssekretär v. Krause, Abg. Boisly, Regierungsdirektor v. Hieber, Abg. Fuhrmann, Abg. Dr. Stresemann, Oberbürgermeister Struckmann, Abg. Hausmann, Schmidthals, Abg. Künzer, Staatsminister Dr. Friedberg, Regierungspräsident v. Campe und Geh. Hofrat Rehmann beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Zentalvorstand hält die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus für eine Staatsnotwendigkeit und bittet daher die Landtagsfraktion unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen."

Von den preußischen Mitgliedern des Zentralvorstandes gaben 64 ihre Stimme dafür, 21 dagegen ab. Von den übrigen Mitgliedern stimmten 40 dafür, 3 gegen die Resolution. Die Resolution wurde also mit insgesamt 104 gegen 24 Stimmen angenommen.

Die Presse der Wahlrechtsfeinde weist gegenüber diesem Resultat allerdings darauf hin, daß etwa ein Drittel der Mitglieder, sowohl des gesamten Zentralvorstandes, wie seines preußischen Anteiles, der Sitzung oder der Abstimmung ferngeblieben sei.

Ausdehnung des Kapitalabfindungsgesetzes.

Das Gesetz über die Kapitalabfindung zum Zwecke der Ansiedlung ist auf die Mannschaften beschränkt. Zum Zwecke der Ansiedlung oder der Verbesserung von Grundbesitz können die Kriegs-, die Verstümmelungs- und die Tropenzulagen kapitalisiert werden. Dieses Gesetz soll in der nächsten Zeit auch auf die Offiziere ausgedehnt werden.

Verteuerung der Justiz.

Das sächsische Justizministerium hat mitgeteilt, die Reichsleitung plane die Einführung eines Kriegszuschlags zu den Gerichtskosten.

Das würde nicht nur auf eine Verteuerung der Justiz hinauslaufen, sondern auch die weniger bemittelten Volksklassen ganz besonders hart treffen. Es ist sehr fraglich, ob man für einen solchen Vorschlag eine Mehrheit im Reichstag finden wird.

Michaelis wird pommerscher Oberpräsident.

Reichskanzler und Ministerpräsident a. D. Dr. Michaelis wurde anstelle des wegen Krankheit am 1. April in den Ruhestand tretenden Oberpräsidenten Dr. Freiherrn Ziller zum Oberpräsidenten der Provinz Pommern ernannt.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratie in Island. Die Sozialdemokratie Islands hat bei den kürzlich stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen einen großen Erfolg erzielt, indem sie in der Hauptstadt Reykjavik von den 7 Mandaten drei erobern konnte. Im isländischen Althing (Reichstag) hat die Sozialdemokratie einen Vertreter, einen Lehrer. Bei den nächsten Wahlen hofft die Partei aber mindestens 10 Mandate erobern zu können. Die Entwicklung der letzten Jahre auf Island war für das Gedeihen der Sozialdemokratie sehr günstig. Die isländische Sozialdemokratie ist zwar für Selbstverwaltung Islands, aber die alten Streitigkeiten über Flagge usw. interessieren in Wirklichkeit nur die ältere Generation. Es sind die sozialen Fragen, die auch auf Island sich in den Vordergrund drängen.

2. Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes.

Nürnberg, 11. März 1918.

Der Deutsche Bauarbeiter-Verband begann heute in Nürnberg seinen zweiten ordentlichen Verbandstag, den ersten seit Kriegsbeginn. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten, die Besprechung des neuen Tarifs, die Uebergangswirtschaft und die Beratung eines völlig neuen Statuts mit erhöhten Beiträgen und Unterstützungssätzen. Als Vertreter der Stadt waren Landgerichtsrat Herdegen, der Vorsitzende des Gewerbegerichts, und Rechtsrat Dr. Wagner erschienen, der den Verbandstag im Namen des Oberbürgermeisters Dr. Geßler willkommen hieß. Den Vorstandsbericht erstattete Päplow. Mit der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe sind nicht so günstige Erfahrungen gemacht worden wie in anderen Berufen. Die Politik der Generalkommission sei in jeder Beziehung zu billigen. Es sei gar nicht möglich gewesen, am 4. August eine andere Politik einzuschlagen. Die Verbandsinstanzen seien entschlossen, diese Politik auch fernerhin zu vertreten.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Liebesroman eines Rechtsanwalts. Ein Mordprozeß, dessen Hintergrund eine romantische Liebesaffäre bildet, beschäftigte das Breslauer außerordentliche Kriegsgericht. Die 24 Jahre alte Hausdame Gertrud Schulz ist der Ermordung ihres früheren Geliebten, des Breslauer Rechtsanwalts Karsen, der früher Krakauer hieß, angeklagt. Die Schulz war Verkäuferin in Berlin, wurde dann Bardame in Breslau, gab aber, nachdem sie zu Karsen in ein Liebesverhältnis getreten war, diese Stelle auf, unternahm mit Karsen Reisen nd lebte dann in Breslau mit ihm in gemeinsamem Haushalt, wobei sie allgemein als seine Frau galt. Als der Krieg ausbrach, wurde Karsen als Offizier eingezogen. Seine Geliebte, die bisher fest daran geglaubt hatte, daß Karsen sie heiraten werde, erkannte bald, daß sie sich in ihrer Hoffnung getäuscht hatte. Karsen beabsichtigte, obwohl die gemeinsame Wohnung auf drei Jahre gemietet war, ein Fräulein Werner zu heiraten. Vergebens aber bot er seiner Geliebten 10 000 Mk. bar und eine Rente von 250 Mk. monatlich an, wenn sie ihn freigebe. Sie beharrte darauf, daß er das Verhältnis mit ihr aufrecht erhalte. Auch bei wiederholten späteren Zusammenkünften blieb die Schulz fest. Sie versuchte sogar am 12. Oktober vor. Js., nachdem sie bei Kempinski in Berlin mit Karsen ihren Geburtstag gefeiert hatte, nach ihrer Rückkehr in die gemeinsame Wohnung sich vom Balkon herabzustürzen. Unterdessen bereitete aber Rechtsanwalt Karsen seine Verbindung mit Frl. Werner vor. Die Angeklagte hat wiederholt die Braut, zurückzutreten, doch Fräulein Werner wies sie ab. Die Schulz zog nun nach Berlin, wo sie Karsen wiederholt besuchte. Sie versuchte zum zweiten Male, sich durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen, wurde jedoch gerettet. Als sie dann erfuhr, daß die Hochzeit Karsens für den 22. Dezember v. J. anberaumt sei, faßte sie den Entschluß, ihren Liebhaber zu töten. Am 18. Dezember fuhr sie nach Breslau. Da sie wußte, daß Karsen die Weisung gegeben hatte, sie nicht mehr vorzulassen, setzte sie eine blaue Brille auf und ging so unerkannt zu dem Geliebten. Dieser öffnete ihr selbst. Nach einem kurzen Wortwechsel schoß die Angeklagte ihn nieder. Sie versuchte sich dann selbst zu töten, wurde aber daran verhindert. Der Vertreter der Anklage beantragte Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Das außerordentliche Kriegsgericht erklärte sich nach kurzer Beratung für unzuständig, weil es zu der Annahme gelangt war, die Angeklagte habe im Affekt gehandelt. Die Sache gelangt nunmehr vor dem Schwurgericht noch einmal zur Verhandlung.

Eine gemeine Tat. Aus Würzburg wird geschrieben: Eine seltsame Form von versuchter Körperverletzung bildete den Gegenstand einer Anklage gegen die Schuhmachersfrau Soubert, die vor dem unterfränkischen Schwurgericht sich zu verantworten hatte. Wie in der Beweisaufnahme festgestellt wurde, bekam eine Tochter der Angeklagten im Oktober v. J. den Typhus. Ungefähr hundert Schritt von ihrem Anwesen entfernt wohnte der Landwirt Heim, mit dem die Schuhmacherfamilie in Feindschaft lebte. Die Angeklagte hatte nun die Exkremente ihrer typhuskranken Tochter vor der Haustür des Heim abgeladen, in der Absicht, dem Nachbar die Krankheit ins Haus zu bringen. In der Voruntersuchung war die Angeklagte auch geständig gewesen, in der Hauptverhandlung leugnete sie, doch sahen die Geschworenen sie für überführt an. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Daimler in Marmelade. Die Konservenfabrik Bavaria, Inhaber Hans Schaerfl in Nürnberg-Schwandorf, ist, wie uns die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, auf Anordnung des Bezirksamtes Burglengenfeld geschlossen worden. Die Firma hat mehrere 100 Zentner Marmelade ohne Genehmigung und außerdem zu einem wucherischen Preise verkauft. Selbstverständlich ist auch ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Opfer der Luft. Wie aus Bamberg gemeldet wird, sind der Flugschüler Seifert von Bayreuth und der Flugschüler Unteroffizier Krumm aus Ludwigsstadt infolge einer Benzinexplosion tödlich verunglückt.

Raubmord. Dem „Berliner Lokalanzeiger" wird aus Leipzig gemeldet: „Am Sonnabend wurde der Gutsbesitzer Felix Boner aus Glasten bei Grimma in einer Waldlichtung ermordet und beraubt aufgefunden. Der Mörder, ein polnischer Arbeiter, wurde am Sonntag auf dem Leipziger Hauptbahnhof verhaftet. Er trug die geraubte Summe von 1000 Mk. bei sich."

Schwerer Straßenbahnunfall. Bei Herne i. W. stießen infolge dichten Nebels zwei vollbesetzte Straßenbahnwagen zusammen, wobei 21 Personen schwer verletzt wurden.

Anklage gegen 600 Bürger einer Stadt. Ein großangelegter Lebensmittelschmuggel, der mit Unterstützung behördlicher Organe seit längerer Zeit betrieben wurde, ist in der Stadt Losoncz in Ungarn entdeckt worden. Durch gefälschte Einkaufsscheine wurden 10 Waggons Mais durch verschiedene Losonczer Bürger eingekauft. Gegen den Bürgermeister, den städtischen Oberingenieur und den Vizestadthauptmann wurde die Anklage wegen Preistreiberei und Mißbrauchs der Amtsgewalt erhoben. Ueberdies hat die Behörde gegen etwa 600 Einwohner der Stadt Losoncz das Verfahren wegen Uebertretung der Höchstpreise eingeleitet.

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

46. Fortsetzung.

Ich hatte um so weniger Lust, dem Herrn Specht in dieser Beziehung den Namen meiner Nichte Emma zu nennen, als derselbe schon mehrmals den Wunsch ausgesprochen, meinen Vetter und seine Familie kennen zu lernen. Und gerade jetzt ersuchte er mich dringender darum als je. Ich konnte nicht mehr entkommen und versprach ihm, meinen Vetter von seinem Wunsch in Kenntnis zu setzen.

Dies tat ich bei meinem nächsten Besuch, und da meine Verwandten glauben mochten, es könne mir von Nutzen sein, wenn sie das Faktotum des Hauses freundlich behandelten, so wurde mir erlaubt, ihn mitzubringen. Der Vetter war bei diesem Besuche ernst und gemessen, seine Frau artig, wie es sich gehörte, und Emma beschäftigte sich wie gewöhnlich mit mir.

„Sie sind ein glücklicher Vetter," sagte der Herr Specht auf dem Heimwege zu mir, „ich muß Ihnen gestehen, ich habe lange nicht ein so schönes Mädchen gesehen, wie Ihre Nichte Emma ist."

Von da an machte der Buchhalter mit und ohne mich häufige Besuche in dem Hause meines Vetters, was mir insofern angenehm war, als er mich nun zu Hause aufs eifrigste protegierte.

Um von mir selber zu reden, das heißt von meinem Fühlen und Denken, so muß ich gestehen, ich war nicht mehr der harmlose fröhliche Mensch, ich blickte nicht mehr so frei in die Welt und sah nicht mehr, wie sonst, alles, was mir in die Augen fiel, als unverfänglich und natürlich an. Als ich noch harmlos war, lag ein ewiger Sonnenschein auf allen meinen Stunden und mein Auge schweifte nur in angenehmen und freundlichen Fernsichten, die mir das unbekannte Leben gewähren sollte. Ich hielt die Welt und alle Menschen für gut, und wenn es auch hier und da böse Seelen gäbe, so seien das Ausnahmen, dachte ich mir.

Die Lehren des Herrn Specht aber hatten mich eines anderen belehrt: ich sah dichte, dunkle Nebel aufsteigen, wo ich bis jetzt nichts erblickt als sonnenbeglänzte Täler, und nichts gehört als frommes Glockengeläute. Er lehrt mich zweifeln an der Güte der Menschen und führte seinen Lieblingsspruch: „Das Dichten und Trachten der Menschen ist böse von Jugend auf," in unzähligen Variationen aus. Bei ihm war die Zahl der Bösen vorherrschend, die der Guten gering, und wenn er mir einen Spiegel vor mein eigenes Ich hielt, so mußte ich gestehen, daß ich, obgleich mir keiner großen Sünde bewußt, noch tief unter den Mittelmäßigen stand. Von sich selbst sprach er eigentlich auch nicht viel besser, doch versicherte er, daß ihm in lichteren Augenblicken klar würde, wie der Gnadenfunke bei ihm allmählich zum Durchbruch komme.

Ich war durch seine Lehren und Reden auf dem besten Wege, ein ausgemachter Kopfhänger zu werden.

Mir ging es durch diese Trämereien nicht gut und ich hatte bei meinen Verwandten manches deshalb auszustehen. Der Vetter hatte mir schon mehreremal gesagt, es sei recht schön und lobenswert, gottesfürchtig und fromm zu sein, aber beständig davon zu sprechen, wie ich es täte, müsse in meinen Jahren lächerlich erscheine. „Du besuchst," sprach er, „vor- und nachmittags die Kirchen und ich werde es noch erleben, daß du mit deinem Herrn Specht in den Betstunden umherziehst."

Mehreremal hatte ich auch versucht, wenn ich bei Emma allein war, derselben einige von den Reden des Buchhalters mitzuteilen, doch mußte ich zu meinem Bedauern bemerken, daß das Mädchen für die Gnade gar nicht empfänglich schien. „Höre Vetter," sagte sie „du bist nicht böse und ich auch nicht, was tust du denn Sündhaftes? Ich wüßte nicht, du arbeitest auf deinem Kontor, du hast die Gunst deiner Prinzipalin, einer braven Frau, und es stände deinen Jahren viel besser an, lustig und munter zu sein, wie du früher auch gewesen bist, und dich deines Lebens zu freuen. Ich erkenne dich in der letzten Zeit nicht mehr und wünsche nur, dein Doktor Burbus, von dem du früher so viel erzähltest, ließe sich einmal hier sehen und setzte dir den Kopf zurecht. — Was brauchst du dich für einen schlechten Menschen zu halten? Ueberlaß das dem Herrn Specht, der mag seine Gründe dafür haben."

Diese Worte des Mädchens, das ich unbewußt anbetete, warfen schreckliche Zweifel in meine Seele, sie rissen aber auch ein Fenster meines Herzens auf und ließen in das Dunkel, das dort herrschte, einen hellen Sonnenschein fallen, der mir außerordentlich wohltat und den ich doch nicht ertragen konnte. So viel war gewiß, daß ich mich in ruhigen Augenblicken nicht für sündhaft hielt, wie mir der Buchhalter sagte, ud daß ich nach dem Durchbruch der Gnade nur verlangte, weil ich in dem Augenblick durch ein unbekanntes herrliches Gefühl belohnt werden sollte.

Ich erzählte dem Buchhalter von der Unterredung meiner Nichte und er lächelte still vor sich hin und sagte mit erhobenem Blick: „Lassen Sie das gut sein, und fahren Sie fort, gläubige Gespräche mit ihr zu führen, auch dies Mädchen wird einstens anfangen, sich nach der Gnade zu sehnen." Ein unheimlicher Glanz füllte bei diesen Worten seine Augen. — —

Von meiner Familie vernahm ich während dieser Zeit nicht viel. Die Großmutter hatte mir einigemal geschrieben und jedesmal war alsdann ein Postskriptum von der guten Schmiedin angehängt, aus dem ich deutlich ersah, daß sie ihre traurige Gewohnheit des beständigen Weinens noch nicht abgelegt hatte; denn die Zeilen, die sie schrieb und in denen sie jammerte, daß ich so fern sei und sie mich so lange nicht gesehen, waren meistens durch ihre Tränen halb ausgelöscht. Von dem Doktor Burbus erfuhr ich nie etwas — auch auf der Königsbronner Mühle schien man nichts von ihm zu wissen — wo war mein Freund geblieben?

Von meinem Vormund dagegen erhielt ich eines Tags ein längeres Schreiben, worin er seine Zufriedenheit aussprach, daß ich endlich Raison angenommen habe und einsehen gelernt, wie man etwas Tüchtiges lernen müsse, um durch die Welt zu kommen. „Deine Prinzipalin," schrieb er, „hat mir alles mögliche Gute von dir gesagt, und mir sogar die angenehme Hoffnung gemacht, daß sie in Anbetracht der Kenntnisse, die du dir erworben, und des Nutzens, den du ihrem Geschäft brächtest, sich wohl entschließen könne, dir schon für die letzten Jahre deiner Lehrzeit ein mäßiges Salär auszusetzen. Ich danke dir, daß du meinen Ermahnungen endlich Folge geleistet und bin vollkommen zufrieden mit deiner Aufführung. Dagegen," hieß es in dem Schreiben weiter, „hat mir der Vetter einiges über dich mitgeteilt, das ich nur mißbilligen kann und was mich sehr betrübt. Du seist, behauptet der Vetter, gänzlich in die Hände deines pietistischen Buchhalters gefallen und auf dem besten Wege, selbst ein Heuchler zu werden. Ja, ein Heuchler, mein Freund, ich kenne jenes Volk und weiß genau, daß viele von ihnen ihre frommen Redensarten und ihr Tun vor der Welt nur dazu gebrauchen, schlechten Lüsten und wohlbekannten Sünden den Deckmantel umzuhängen. Nimm dich in acht! Jener Herr Specht, der mir ein unsauberes Zeitig zu sein scheint, hat etwelche Absicht auf dich, überwache deine Handlungen und tue nur das, was du mit dem Gewissen eines redlichen Mannes und nicht mit dem Gewissen eines pietistischen Heuchlers vereinigen kannst.

Apropos, bald hätt' ich vergessen, dir zu sagen, daß dein früherer Prinzipal, der Herr Reißmehl, gestorben ist. Der Herr Philipp führt das Geschäft auf seine Rechnung fort und ist Vater eines gesunden Knaben."

Mit diesem Brief saß ich an demselben Abend lange auf meinem Zimmer und dicke Tränen fielen auf das Papier. Hatte der Vormund recht? Was konnte aber der Buchhalter von mir wollen? Daß mir an seinem Betragen manches räthelhaft erschien, gestand ich mir wohl; so schrieb er auf seinem Zimmer viele Briefe an auswärtige Handlungshäuser, namentlich an unser Amsterdamer Haus; und diese Briefe kopierte er selbst und ich mußte sie ihm in letzterer Zeit auf die Post tragen, nachdem ich ihm das Versprechen gegeben, niemandem davon zu sagen; auch erhielt er viele Briefe mit seinem Namen und diese mußte ich auf der Post, wo ich die ganze Korrespondenz täglich abholte, aussondern und ihm insgeheim übergeben. Einmal hatte ich auf seinem Tisch ein Schreiben liegen gesehen, worin ihm ein Bekannter anzeigt, er habe den Wechsel im Betrag von so und so viel richtig erhalten und ihm gutgeschrieben. Doch war an allem diesem eigentlich nichts Verdächtiges, der Herr Specht hatte ja die Prokura des Hauses und konnte wohl auf Befehl der Prinzipalin einzelne Geschäfte, die im Kontor nicht bekannt werden sollen, auf seinem Zimmer abmachen.

Fortsetzung folgt.

Nr. 11 — 25. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 13. März 1918

Aufschrei!

Ein jeder Tag kommt grau und leer,
Als ob die Welt ein Kirchhof wär,
Durch blutbetaute Schlachtenfelder
Und stahlgeknickte junge Wälder,
Zerschoss'ner Dörfer Einödei
Und stummer Gräber langer Reih,
Aus Nachtgefecht und Morgenrot
Und bringt den Brüdern bittern Tod.

Kaum, daß der Herzen Sturm verebbt,
Kommt neu ein Tag, der müd' sich schleppt
Durch Fluchen, Beten, Angst und Wut
Und watet tief durch rotes Blut.

O Friede! Friede! Heilandswort!
Erlöse uns vom Brudermord!

Johannes Schönherr.

Nur ein Sacharinplätzchen.

Von Th. Thomas.

Der Schauplatz ist ein Café in der Nähe des Bahnhofes. Vier „Originalkünstler" quälen sich redlich ab, durch Geräusche, die musikalische sein sollen, Stimmung unter die Gäste zu bringen. Es will nicht recht gelingen. Daran ist freilich das Quartett allein nicht schuld. Auch wer hier weilt, ist mit seinen Gedanken draußen, wo er jemand Liebes hat, wie soll da Lustigkeit aufkommen?

Die Kellnerinnen haben wenig zu tun. Sie plaudern in einer Ecke. Die mich bedient, ein schmächtiges, fast durchsichtiges Persönchen, tritt zu ihnen, worauf alle herüber sehen. Mir fällt es weiter nicht auf; gedankenlos ergreife ich das Tellerchen mit dem Plätzchen, das angeblich 300mal so süß sein soll wie Zucker. Es verschwindet im Tee; die vier bedienenden Geister drehen sich ab, ihre Teilnahme für mich ist erloschen.

Einige Gäste kommen, darunter ein Matrose mit seinem Mädchen. Still und verträumt lauschen beide der Operettenmelodie. Zaghaft unter dem Tisch vereinigen sich ihre Hände. Sie sprechen wenig zusammen, nur ihre Augen verraten, daß sie sich viel zu sagen haben, vielleicht muß er morgen schon wieder fort. . . . Sie trinken in sich versunken Kaffee, das Sacharin bleibt unberührt. Bei der zweiten Bestellung nimmt es die Kellnerin an sich. Am Treffpunkt hinter der Erhöhung übergibt sie die Kleinigkeit der Kollegin, die mich bedient. Diese schaut sich ängstlich um, ob etwa die Aufsicht in der Nähe ist, dann zieht sie — schlupp — aus der Bluse ein Beutelchen, in das sie die Süßigkeit versenkt. Ebenso schnell ist es wieder durch die Oeffnung am Halse verschwunden.

Das geht alles viel rascher, als du es lesen kannst, der Herr im Gehrock mit seinen zwei Zähnen von Gold, der jeden Gast wie einen guten Bekannten anlächelt, hat nichts gesehen.

Das Zustecken zwischen den Weißgeschürzten wiederholt sich öfters. Die Kellnerinnen geben es nur immer der einen, aber jedesmal so geschickt, daß der Gehrock gerade vorbeigeschwenkt ist, wenn Nr. 3 die Süßigkeit an ihrem Herzen hinabgleiten läßt.

Noch einmal bestelle ich mir Tee. Dabei überreiche ich ihr lächelnd die Zugabe. Sie errötet, weil sie merkt, daß ich zum Mitwisser ihres Geheimnisses geworden bin.

„Sagen Sie, Fräulein," eröffne ich die Unterhaltung, „sind Sie verliebt in diesen Zuckerersatz, weil Sie ihn so an Ihr Herz drücken?"

„Schauens, was wollens denn machen," flüstert sie mir zu, „vier Kinder, darunter ein Kleines, dabei nur das bißchen Zucker, da langen's scho' zu, dös dürfens glauben."

„Bringt denn das viel ein?"

„Gar nit, die meisten Herrschaften nehmen's selbst an sich. Meine Kolleginnen sammeln alle mit, weil's wissen, daß i' erst vor drei Wochen was Kleines kriegt hab."

Sie wird abgerufen. Vor drei Wochen erst entbunden, dabei heute wieder in dieser Luft, dazu die Rennerei; wie ein Mensch sowas aushält!

Nun hat sie wieder Pause.

„Wissen's, mein Mann war auch achtzehn Monate draußen. Jetzt haben's mir wieder geschickt. Er geht auf die Baustelle, bringt aber nichts von da heim, wie zerrissene Lumpen. Da langt's halt nicht hin und her. Wann er nu zu Haus kommt, nachher geh' i' fort. Er bleibt d'heim bei den Kindern. O, brav macht er's." Sie blickt schon um sich. „In die Fabrik geh' i' nich wegen der Kleinen. Aber von sieben bis zwölf komm i' gut ab . . ."

„Fräulein, zahlen!"

„I komm sche."

Die Tür dreht wieder Menschenwellen herein.

Einige Spritzer davon fallen in meine Nähe: Drei Damen und zwei Herren, wandelnde Goldankaufsstellen, mit aufreizenden Gesichtern. Wohin du siehst, voll Gold hängt doch alles . . . . „Kriegsgewinnler" fährt es mir durch das Hirn, sie sehen mindestens so aus.

„Fünfmal Kaffee, Fräulein, aber 'n bißchen plötzlich." Geräuschvoll setzt sich die Runde. Dann wird aus den Damentaschen verteilt: Gebäck, Zucker, ein Fläschchen mit Rum oder Kognak, was weiß ich. . . . Weihwasser ist es sicher nicht.

„Man muß heutzutage alles mitschleppen," ächzte die Dicke in der Mitte, die eine Brosche vorgesteckt hat, wie ein Teller aus Bückeburg.

„Ja, nich, wie unangenehm." Schon vergraben sich die Zähne aller in das Gebäck. Sie kauen, als ob sie zwölf Stunden Steine gerammt hätten. Wenn man ihnen zusieht, rebelliert der Bandwurm.

Der Kaffee kommt. Er wird erst mit Zucker, dann durch einen Schuß aus der Flasche veredelt. Das Sacharin verschwindet in einem Muff.

„Für unser Mädchen, wir können das Zeug nicht schmecken", trotzdem rafft sie auch die übrigen noch an sich.

Von dem folgenden Gespräch höre ich nur immer Bruchstücke.

„Haben Sie noch viel?"

„O ja, wir sind noch versorgt mit Zucker. Allerdings haben wir 3,50 Mk. für das Pfund zahlen müssen."

„Unverschämt, fabelhaft der Preis. Kann man da nicht auch was bekommen?"

„Sicher, wir haben einen viertel Zentner . . ." Bums. Die dicke Trommel haut dazwischen.

„Butter" höre ich drüben am Tisch. „Butter soviel Sie wollen. Ich bekomme jede Woche mein Pfund, aber ich muß . . ."

Geheimnisvolles Flüstern.

Nun wird wieder gespielt, ich kann nichts mehr verstehen.

„Ich sage Ihnen, es ist genug da, nur Geld brauchen Sie so viel, wie ein Hund Flöhe hat."

Eben kommt meine Kellnerin wieder.

„Neulich, vorgestern ging i' zum Doktor, wollt' für die Kleinste was Kräftiges verschrieben haben. Er hat's nicht gerne um die Welt. „Was soll ich Ihnen geben," hat er gemeint, „es ist doch nichts da." Ja, für die Reichen da gibt's immer noch „Nestles Kindermehl" oder so was."

Nun ist es Feierabend. Die Musiker bringen ihre Instrumente in Ordnung. Nr. 3 ist als eine der ersten fertig in ihren Kleidern. Vor dem Lokal wartet ihr Mann, der sie anscheinend alle Abende abholt. Er schafft in Wind und Wetter auf dem Bau, dann als Kindermädchen, zum Schluß ist er noch Anstandsdame seiner Frau. Der Mensch ist doch eine unverwüstliche Kreatur.

Am Ende der Woche komme ich nochmals in das Café. Meine Sacharinfreundin fehlt. Ich erfahre, daß sie krank geworden ist.

An diesem Abend wurde nicht gesammelt. Beinahe wehmütig betrachte ich meinen Anteil. Mir ging die Kellnerin mit ihren vier Kindern nicht aus dem Sinn.

Wenn ich Sacharin sehe, fällt sie mir immer ein. Ob sie bald wieder auf die Beine kommt? Wer sorgt jetzt für ihre Kinderchen, wer für die anderen Tausend Kleinen, denen der Zucker sonst alles war? Es dreht sich nur um Sacharinplätzchen, aber ist es nicht der Menschheit ganzer Jammer, der hier umging?

Liebe.

In der Breslauer „Volkswacht" lesen wir:

Wenn einmal in ruhigeren und unparteiischeren Zeiten die Moral des Krieges erwogen wird, dann werden die Leute, die sich damit zu beschäftigen haben, gar manchesmal bedenklich den Kopf schütteln. Teilweise tun sie es schon heute. Denn Dinge gehen vor, die man natürlich kaum erklären kann, jedenfalls vor vier Jahren wirklich nicht für möglich gehalten hätte.

Die Liebe zum Beispiel ist eine Naturgewalt. Wenn sich der Mensch zum Menschen hingezogen fühlt, dann fragt er nicht nach Nation und Vaterland. Dann entscheidet lediglich die Zuneigung. Und wohl uns, wenn es so ist. Ein solcher Bund gewährleistet in den meisten Fällen Glück, Zufriedenheit und gesunde Nachkommen. Und das ist gut für die Familie und für den Staat. So dachte man wenigstens früher und das war vernünftig.

Jetzt denkt man scheinbar etwas anders über die Sache. Deutschland, ausgerechnet unser Vaterland, das ganz Europa mit Fürsten und Fürstinnen versorgte, das fühlt sich bewogen, die natürliche Zuneigung unserer Staatsbürgerinnen zu den „Feinden" mit schweren Strafen zu belegen. Ja warum denn? Fürchtet man, daß unser Volk durch Vermischung mit französischem oder englischem Blute etwa herabkommt? Unsinn, die Kriegsgefangenen hier sind nicht weniger gesund und tüchtig als wir. Wo wären unsere regierenden Geschlechter heute, wenn fremdes Blut minderwertig wäre? Die Mutter des Kaisers war Engländerin. Sein Schwiegersohn ist es heute noch. Sein Vetter ist der frühere Kaiser von Rußland. Und gehen wir weiter, so wird sich selten ein „vornehmes" Geschlecht in unserem Vaterlande finden, das nicht irgendwie mit den „Feinden" verwandt wäre. Es hat ihnen nichts geschadet.

Heute schadet es sehr. Viele Jahre Gefängnis sind in jedem Monat über arme Mädchen verhängt worden, weil sie, ihren natürlichen Gefühlen folgend, sich mit Kriegsgefangenen eingelassen haben. Sie wiegen schwer. Noch schwerer wiegt die öffentliche Schande, die Brandmarkung talmipatriotischer Zeitungen, die solche Fälle behaglich der Oeffentlichkeit unterbreiten. Und wie gern sündigte man früher in Nizza und Paris, sündigt man heute noch in Warschau, in Brüssel und Lille.

Vor einigen Tagen erhängte sich ein armes Dienstmädchen in Leutwitz, Kreis Lauban, weil sie die Folgen ihrer Liebe mit einem französischen Kriegsgefangenen fürchtete. Um der Qual und Schande zu entgehen, endete sie ihr junges Leben. Ist das nicht ein recht bedenkliches Ergebnis unserer verschobenen Moralbegriffe?

Aber man wird mir einwenden, immerhin sind die Franzosen jetzt unsere Feinde und jeder intime Umgang mit ihnen ist Landesverrat. Das wäre eine ganz verrückte Schlußfolgerung. Dann müßte ein recht erheblicher Teil der deutschen Armee hinter Schloß und Riegel. Denn zahllos sind in Polen und im besetzten Frankreich die Kinder, die solchem Liebesbunde ihr Dasein verdanken. In einem kleinen Dörfchen bei Lille spricht man allein von 300 Sachsenkindern.

Verwerflich ist selbstverständlich der Verkehr verheirateter Frauen und Männer allerdings nicht nur mit Kriegsgefangenen. Aber dem freien Naturrecht mit Paragraphen zuleibe gehen zu wollen, das ist mittelalterlich. Es wäre spaßig, wenn es nicht so traurig wäre.

Zu Frank Wedekinds Tode.

Frank Wedekind ist, wie gemeldet, infolge einer Operation, die durch eine frühere Blinddarmoperation nötig war, im 54. Lebensjahre gestorben.

Mit ihm scheidet eine der Kernnaturen aus der Schar der Literaturrevolutionäre der achtziger Jahre. Als ein burlesksatirischer Mephisto hat er seinen Weg auf dem deutschen Parnaß gemacht; er gehörte zu den Gründern des Simplizissimus. Früh wurde der ernste Kulturkern seines dramatischen Schaffens von der Kritik erkannt und betont, aber lange Zeit hat es gekostet, bis er sich auf der Bühne Raum erkämpfte. Philiströse Prüderie sperrte ihm den Weg. Als Schauspieler setzte er sich selber, von Bühne zu Bühne gastierend, für seine Werke ein: in den neunziger Jahren hatte er an Karl Heine einen ersten regiekünstlerischen Helfer, zehn Jahre später sprang ihm dann Reinhardt mit energischer Tat bei. Sein Jugenddrama der Pubertätskrisen „Frühlings Erwachen", seine erotisch peitschende Tragödie „Erdgeist", sein pessimistisches Schauspiel „So ist das Leben" sind dichterische Werke, die weit über den Tag hinausreichen.

Dem seinerzeit herrschenden Schema des Naturalismus sich einzuordnen war Wedekind weder willens noch fähig. Seine stark ausgeprägte Individualität als Mensch und als Künstler widersetzte sich dem und machte es der landläufigen Kritik schwer, ihn und sein Werk zu rubrizieren. Der rücksichtslose Wirklichkeitsschilderer, der seine Stoffe aus den dunkelsten Tiefen des Lebens und aus den Abgründen der Seele schöpfte, war im Grunde seines Wesens ein idealistischer Optimist, ein Menschheitsbeglücker und Weltverbesserer, und in seine grotesken Zynismen mischten sich nicht selten Züge kleinbürgerlicher Sentimentalität. Alles in allem eine unendlich komplizierte, in tausend Nuancen schillernde Persönlichkeit, und doch als Künstler ein Charakter, der jeder Zeile die kennzeichnende Note seines Wesens aufprägte. Die äußere Form der Wedekindschen Dramen wie der Stil seines Dialogs boten in ihrer bis zum äußersten getriebenen Konzentration nicht nur der Aufnahmefähigkeit des Theaterpublikums fast unüberwindliche Schwierigkeiten, sondern auch die Kunst der Regisseure und Schauspieler sah sich hier vor Aufgaben gestellt, denen sie mit den zu Gebote stehenden traditionellen Mitteln nicht zu genügen vermochte. Kaum einer der bisherigen Wedekind-Darsteller ist imstande gewesen, den inneren Klang seiner Sprache restlos zum Ausdruck zu bringen. Was einigen seiner Werke zum breiten Erfolge verhalf, war immer mehr oder weniger der stoffliche Reiz — den künstlerischen Stil Wedekinds auf der Bühne lebendig werden zu lassen, wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

In den achtziger Jahren hielt Wedekind sich, bevor er nach Paris ging, eine Zeitlang in Leipzig auf. Er verkehrte hier in den Kreisen der Literaten und Künstler, die sich um das damalige führende Organ der jungen Kunstrevolutionäre, „Die Gesellschaft", sammelten. Er selbst war als Schriftsteller noch völlig unbekannt und seine Tendenzen gingen mehr auf das Studium des Lebens als auf die Kunst. Irgendwelchen dichterischen Ehrgeiz schien er nicht zu haben und Hoffnungen auf die Zukunft machte er sich nicht. „Was gedenken Sie in Paris anzufangen?" fragte ihn einer seiner Freunde. „Ich gedenke dort zu Grunde zu gehen," war seine Antwort. Und zum Abschied hinterließ er einen Vers, der seine damalige Stimmung charakterisiert:

„Und kränkt dich dein Auge, so reiß es aus,
Sonst juckt es dich bald in beiden;
Und hast du ein böses Weib zu Haus,
So laß dich von ihm scheiden!
Und wird dir das Menschengetrampel zu dumm,
Und schindest du dich vergebens —
So würz' dir mit Zyankalium
Die Wassersuppe des Lebens!"

Aber in seinem Koffer trug er schon damals die Kindertragödie „Frühlings Erwachen" mit sich, in der ersten Form, die nur ganz wenige kennen, und die dann Jahrzehnte später, stark gemildert und verwässert und für das Zartgefühl des großen Haufens zurecht gemacht, seine Karriere als Bühnendichter begründen sollte.

Kleines Feuilleton

Du darfst nicht . . .!

Das Gedicht unseres Genossen Karl Bröger, „Denk es, o Deutschland, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war", ist bekanntlich von Regierungsstellen so häufig sinnentstellend zitiert worden, daß der Dichter schließlich öffentlich dagegen protestiert. Wir haben diesen Protest damals ebenfalls abgedruckt, der Schluß lautete bekanntlich folgendermaßen:

„An das Deutschland der Tirpitz, Reventlow, der Vaterlandspartei und der Eroberungspresse ist in dem Gedicht mit keinem Wort gedacht! Gemeint ist das neue, freie Deutschland, das Deutschland politischer und bürgerlicher Gleichheit und Gerechtigkeit."

Diese Erklärung paßt dem überannexionistischen baltischen Baron Jeannot Emil v. Grotthuß gar nicht in seinen Kram. Er apostrophiert in seinem „Türmer" den Arbeiter Karl Bröger:

„Nein, mein deutscher Bruder Karl Bröger, du täuschest dich! Du hast nicht an das „neue freie Deutschland" gedacht. . . . Gerade du als Dichter darfst heute dem Kriege „gefühlsmäßig" nicht anders gegenüberstehen als 1914."

Es ist wirklich nett, daß der baltische Baron den deutschen Arbeiter-Dichter darüber zu belehren versucht, was sich Bröger bei seinem eigenen Gedicht gedacht hat!

„Ich hab die gute Hose an . . ."

In der Leitmeritzer Deutschen Zeitung findet sich folgende „Danksagung": Die Blumenhandlung Leinweber fühlt sich verpflichtet, den beiden städtischen Monteuren W. W. und R. H. sowie Herrn R. H. für die gefahrvolle und aufopfernde Hilfeleistung bei ihrem Kamin- und Zimmerbrand, durch den das Wohnhaus und die angrenzenden Häuser in Gefahr standen, das Opfer eines großen Brandes zu werden, den herzlichsten Dank auszusprechen, zumal sie allein aus der Nachbarschaft zum Retter wurden, indem der einzige erschienene Feuerwehrmann nur die Worte fand: „Ich kann nicht mitmachen, ich habe die gute Hose an! . . ." Nochmals öffentlichen herzlichen Dank.

Die deutsche Heldenjungfrau.

In der „Schles. Ztg." steht folgendes Inserat:

Sorgf. gebild., gr. j. Mädchen,
christl. Gesinn., aus schön. und intell., germ. Familie höh. pr. Beamt. u. Rittergutsbes., begabt, i. Haush. u. Landl. erfahr., würde mit geist. gebild., charaktervoll. Herrn entspr. Kreise v. L. i. Briefw. treten zwecks spät. Heirat. Gegens. kein Reichtum geford., doch geordn., standesgem. Vermög. Nur Mitgl. d. Vaterlandspartei wollen Zuschriften send. u. M. 97 Gst. d. Ztg.

Alle Achtung! Aber wir fürchten, diese Brunhilde inseriert vergebens nach ihrem Helden. Sie träumt von einem Siegfried und kriegt am Ende einen schlappen Günther, der sich mit einer Mark Beitrag für die Vaterlandspartei ein Anrecht auf ihr Herz erworben hat. Und mit der Hoffnung auf Fortpflanzung auch des reinen und edlen Germanentums steht es noch mäßiger. Wo sind die edlen Geschlechter in unserem Vaterlande, die sich rühmen könnten, reinklassig zu sein. Die Schaffgotsch stammen der Sage nach von einem gerissenen Schäfer ab, dessen Wiege in Böhmen stand. Der Urgroßvater der Donnersmarck hieß Lazarus Henckel. Er war zwar vom ältesten Adel der Welt, aber nicht vom germanischen. Von Beruf war er Geldjude der Kaiser des heiligen römischen Reiches. Der Stammvater der Biron von Kurland war Stallknecht der russischen Kaiserin Elisabeth. Er hat sich an ihr zum Prinzen heraufgeliebt. Das sind so Proben. Und sie selbst die Jungfrau? Reinen Herzens wird sie ja sicher sein, sonst würde sie sich nicht in der „Schles. Ztg." anbieten. Aber ob sie reinen Blutes ist?

„Nur Klasse!"

Im „Amts- und Anzeigeblatt der Stadt Stuttgart" findet sich folgende überraschende Bekanntmachung:

Latrinendünger.

Die Latrinendüngerpreise betragen ab 1. Februar 1918:

in Klasse 1	5,50 M
in Klasse 2	7,— M
in Klasse 3	9,— M
in Klasse 4	10,50 M
in Klasse 5	12,— M

Städtische Latrineninspektion.

Und da — bemerkt der Simplizissimus ironisch — beklagt man sich in Preußen über das Klassenwahlrecht!

Heiteres

Witze vom Tage. Bei Kriegsverdieners. „Was liest du denn Schönes?" — „Ein Buch über den siebenjährigen Krieg, Papa!" — „So! Wie heißt der Autor? Den Mann müßte man unterstützen!" — Subskription. Obwohl sich Herr Hans Polykarp „Schriftsteller" nannte, lebte er von seinen Einfällen. „Ich habe jetzt," erzählte er kürzlich, „einen „Almanach für Kriegsgewinner" zur Subskription aufgelegt." — „Aha, wer subskribiert, kommt hinein." — Polykarp blickte mich geringschätzig an. „Damit, glaubst du, wäre was zu verdienen? Idealist, du! Nein, meine Einladung, der bereits an hundert Herren je hundert Kronen gefolgt sind, lautet: Wer subskribiert, erwirbt damit das Recht, nicht genannt zu werden!" („Jugend.")

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.